



INFORM

TAX AUDIT CONSULTING



Tipps, Infos & Termine zu Ihren
Steuer- und Wirtschaftsfragen.

Ausgabe 2021



**Jetzt mit
neuen
Features!**

Mit der K&E App bestens informiert.



Die neue K&E App bietet noch mehr Service sowie einfachen und schnellen Zugriff auf alle wichtigen Informationen.

Die K&E App gibt es gratis im App Store und auf Google Play.

Sehr geehrte Klientinnen und Klienten!



Tax, Audit, Consulting - informative Beratung und persönliche Betreuung unserer Klienten - dafür steht die K&E Wirtschaftstreuhand GmbH. Auch in diesem Jahr stellen wir Ihnen die **K&E Klienten-Information** zur Verfügung. Mit unserer Service-Broschüre 2021 sind Sie umfassend über steuerliche Themen und Termine bestens informiert.

Zusätzlich empfehlen wir Ihnen auch die **K&E App** zur einfachen Nutzung auf Ihrem Smartphone/Tablet. Damit haben Sie auch außerhalb Ihres Arbeitsplatzes Zugriff auf jegliche Information, die die K&E für Sie aufbereitet. Mit der **digital geführten Buchhaltung** bietet Ihnen die K&E die Möglichkeit, jederzeit mit persönlichem Code auf Ihre Unterlagen zuzugreifen.

Das „**Young Business Service**“ haben wir gegründet, um Jung-Unternehmerinnen in der Aufbauphase unterstützend zur Seite zu stehen. Der **K&E Newsletter** wird Ihnen regelmäßig zugesendet, damit Sie laufend über steuerliche und gesetzliche Neuerungen informiert sind.

Mit unserer Anbindung an die weltweit tätige **NEXIA-Gruppe** ist die K&E bei Anliegen in „tax and audit“ im internationalen Bereich für Sie der richtige Ansprechpartner.

Gerne sind wir persönlich für Auskünfte und Beratung in sämtlichen Steuer- und Wirtschaftsfragen für Sie da und bedanken uns für Ihr entgegengebrachtes Vertrauen. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit!

Ihr
Hannes Greimer

1 Inhaltsverzeichnis

1	Maßnahmen vor Jahresende 2020	5
1.1	Für Unternehmer	5
1.2	Für Arbeitgeber	9
1.3	Für Arbeitnehmer	10
1.4	Für alle Steuerpflichtigen	11
1.5	Exkurs: Non-Profit-Organisationen	12
2	Schwerpunkt COVID-19 („Corona-Krise“)	13
2.1	14% COVID-19-Investitionsprämie für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich	13
2.2	COVID-19 Fixkostenzuschuss zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit	15
2.3	Umsatzersatz für behördlich geschlossene Unternehmen	17
2.4	Kurzarbeit – rasche Hilfe auch im zweiten Lockdown	17
2.5	Bis zu 30% degressive Absetzung für Abnutzung (AfA) und beschleunigte Gebäudeabschreibung	18
2.6	Steuerliche Ergebnisglättung durch Verlustrücktrag für Verluste aus 2020	19
2.7	Bilanzierung von Covid-19-Maßnahmen im Jahresabschluss	20
3	Fokus Unternehmer	21
3.1	Kluge Investitionsentscheidungen während der (COVID-19)Krise treffen	21
3.2	WiReG-Compliance-Package verringert Verwaltungsaufwand	24
3.3	Bilanzierung von Ersatzansprüchen	25
3.4	Achtung bei der Vermietung über Online-Plattformen	26
3.5	Neuorganisation der Finanzverwaltung	27
4	Fokus Umsatzsteuer	29
4.1	„Quick-Fixes“ in Österreich umgesetzt	29
4.2	Umsatzsteuerliche Besonderheiten beim Onlineversandhandel	31
4.3	Über- und Doppelzahlungen in der Umsatzsteuer	32
4.4	Umsatzsteuerliche Fallstricke bei Teil- und Schlussrechnungen	33
4.5	Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland	35
5	Fokus Arbeitnehmer	37
5.1	Gestaltungsspielraum beim Familienbonus Plus	37
5.2	Zurückbezahltes Arbeitslosengeld als Werbungskosten abzugsfähig?	38
5.3	Modernisierung und Vereinfachung bei steuerfreien Essensgutscheinen	39
5.4	Pflegeheimkosten des Vaters als außergewöhnliche Belastung beim Sohn?	40
6	Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze	41
6.1	Sozialversicherungswerte 2021	41
6.2	Größenklassen für Kapitalgesellschaften	42
6.3	Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Beschwerdezinssatz	42
7	Steuertermine 2021	43



1 Maßnahmen vor Jahresende 2020

Auch oder gerade in einem von der Corona-Krise geprägten Jahr sollte der näher rückende **Jahreswechsel** zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Bedingt durch die Sondersituation um die Corona-Krise sind 2020 auch Förderungen von besonderem Interesse.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Dies bietet mitunter **erhebliche positive Steuereffekte**. Voraussetzungen sind die **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50% und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter **Gruppenantrag**. Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.), ist der Gruppenantrag bis spätestens **31.12.2020** einzubringen, damit er noch Wirkung für die **Veranlagung 2020** entfaltet. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Steuergruppe (z.B., weil eine neue Beteiligung am 1.1.2020 erworben wurde).

Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14%** ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten Forschungsaufwendungen** können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist

für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen **inländischen Auftragnehmer** handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 13% des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 30.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **13%** (somit 3.900 €) zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen, Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur der Grundfreibetrag** zu (dies gilt auch bei der neuen Pauschalierung für Kleinunternehmer). Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben der Steuerbelastung auch die Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** wird für Gewinne ab 175.000 € **reduziert** und beträgt zwischen 175.000 € und 350.000 € 7%, zwischen 350.000 € und 580.000 € nur mehr 4,5%, für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt der Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 45.350 €**.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach dem 30.6.2020** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2020 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (max. 800 €) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für **Investitionen ab 1.7.2020** kann alternativ zur linearen AfA eine **degressive AfA** in der Höhe von maximal 30% geltend gemacht werden. Dieser Prozentsatz ist auf den jeweiligen Buchwert (Restbuchwert) anzuwenden. Ausgeschlossen von dieser i.d.R. **beschleunigten Abschreibung** sind allerdings Investitionen in Gebäude, KFZ, Firmenwerte, immaterielle oder gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie Anlagen mit Bezug zu fossilen Energieträgern.

Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie wirtschaftlich gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach

dem 31.12. bewirkt werden. So genannte „**stehen gelassene Forderungen**“, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Beschleunigte Abschreibung bei Gebäuden

Für Gebäude, die **nach dem 30.6.2020 angeschafft** oder hergestellt worden sind, gilt eine **beschleunigte AfA**. Im ersten Jahr beträgt die AfA von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten das Dreifache des „normalerweise“ anzuwendenden Prozentsatzes (7,5% im betrieblichen Bereich bzw. 4,5% im außerbetrieblichen Bereich), im darauffolgenden Jahr das Zweifache (5% bzw. 3%). Ab dem zweitfolgenden Jahr beträgt die Bemessung der AfA 2,5% im betrieblichen Bereich bzw. 1,5% bei der Vermietung und Verpachtung. Die **Halbjahresabschreibungsregelung ist nicht anzuwenden**, sodass auch bei Anschaffung, Herstellung oder Einlage im zweiten Halbjahr der volle Jahres-AfA-Betrag aufwandswirksam wird.

Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Fixkostenzuschuss (Phase II)

Diese im Zuge der Corona-Krise eingeführte Förderung kann **bis 15.12.2020** bzw. **bis 31.8.2021** beantragt werden und deckt unter gewissen Voraussetzungen und in Abhängigkeit vom Umsatzentfall **bis zu 100% der Fixkosten** in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses ab. Betriebe mit **weniger als 100.000 € Umsatz** im letztveranlagten Jahr können **pauschal 30%** des Umsatzausfalls als **Fixkosten** ansetzen. Die Untergrenze des Fixkostenzuschusses beträgt 500 € und die **Obergrenze** liegt bei **5 Mio. € pro Unternehmen**.

Covid-19-Investitionsprämie

Auch bei der neu eingeführten **Investitionsprämie** besteht noch etwas Zeit, zumal Anträge bis zum **28.2.2021 gestellt** gestellt werden können. Förderfähige Investitionen werden dabei mit 7% bzw. 14% (sofern sie der Ökologisierung, **Digitalisierung** oder dem Bereich **Gesundheit und Life-Science** dienen) gefördert. Für steuerliche Zwecke **verringert** diese Förderung die **Abschreibungsbasis nicht**.

Härtefallfonds

Mittels Härtefallfonds sollen **Selbständige** (z.B. Ein-Personen-Unternehmer, Neue Selbständige, Kleinunternehmer als natürliche Personen, Angehörige freier Berufe usw.) in der Corona-Krise unterstützt werden – konkret sollen die **Umsatzeinbußen** abgedeckt werden. Die Zuschüsse sind steuerfrei, wobei die damit bewältigten **Ausgaben** gleichzeitig als **Betriebsausgaben** steuerlich abzugsfähig sind. Die **Details** zu dieser Förderung ändern sich häufig – nunmehr beträgt der **Betrach-**

tungszeitraum 12 Monate, es kann für bis zu 12 Monate aus dem Zeitraum Mitte März 2020 bis Mitte März 2021 Unterstützung beantragt werden. Anträge sind jeweils für den Betrachtungszeitraum im Nachhinein zu stellen, da die Förderhöhe unterschiedlich sein kann.

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Die Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresnettoumsatz** von bis zu **35.000 €** möglich. Seit 1.1.2017 müssen für die Kleinunternehmergrenze **bestimmte steuerfreie Umsätze** (z.B. aus ärztlicher Tätigkeit oder als Aufsichtsrat) **nicht mehr berücksichtigt** werden. Maßgebend für die Kleinunternehmerbefreiung ist, dass das Unternehmen im Inland betrieben wird. Unternehmer, die Gefahr laufen, diese Grenze im Jahr 2020 zu überschreiten, sollten – sofern möglich – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2021 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 35.000 €, Einkünfte unter 5.527,92 €) können eine GSVG-Befreiung für 2020 bis **31. Dezember 2020** beantragen. Berechtigt sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den **letzten 5 Jahren** nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch **während** des Bezugs von **Kinderbetreuungsgeld** oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine monatliche Grenze von 460,66 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 2.916,67 € (jeweils im Durchschnitt).

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.20** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2013**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen Grundstücke nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich die Aufbewahrungspflicht unter gewissen Voraussetzungen auf **22 Jahre**. Die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen i.Z.m. **Grundstücken** beträgt auch **22 Jahre**, wenn mit der Vermietung zu Wohnzwecken bzw. unternehmerischen Nutzung ab **01.04.2012** begonnen wurde. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen wie auch Universitäten können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10%** des Gewinnes Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2020 geleistet wurde. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das **Maximum** von **10%** des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen müssen zum Ende des Wirtschaftsjahres Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50%** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer entsprechenden Bedeckung noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2015** hat bis spätestens 31.12.2020 zu erfolgen. Nach jahrelangen Verfahren vor den unterschiedlichsten Instanzen ist nun leider geklärt, dass **Dienstleistungsunternehmen** (seit Februar 2011) **keinen Anspruch** auf die Energieabgabenrückvergütung haben.

Verlustrücktrag

Mit dem Konjunkturstärkungsgesetz 2020 wurde die Möglichkeit geschaffen, **nicht ausgleichsfähige negative betriebliche Einkünfte des Veranlagungszeitraumes 2020** bis maximal 5 Mio. € auf Antrag auf die Veranlagung 2019 und unter bestimmten Umständen auf die Veranlagung 2018 rückzutragen und mit den positiven Einkünften dieser Jahre zu verrechnen.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- » **Corona-Prämie** (einmalige Bonuszahlung aufgrund der Corona-Krise) bis zu 3.000 €;
- » Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- » Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;

- » Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- » Kostenlose oder verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, nicht aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);
- » **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
- » Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 8 € pro Arbeitstag (bis 1.7.2020 noch 4,4 €);
- » Zuschuss für **Kinderbetreuungskosten** 1.000 € (pro Kind);
- » **Mitarbeiterrabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20% sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20% sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- » **Mitarbeiterbeteiligung**: für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Unternehmensanteilen an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor dem 31.12.20** entrichtet werden, damit sie 2020 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen.

Arbeitnehmerveranlagung 2015 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2015** läuft die Frist am 31.12.2020 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden,

die im Rahmen des Freibetragsbescheids noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzzährige Beschäftigung**. Wurden Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag samt Kinderzuschlag beim Arbeitgeber nicht entsprechend berücksichtigt, so kann eine nachträgliche Beantragung über die **Arbeitnehmerveranlagung** (Formular L1) oder durch einen **Erstattungsantrag** mittels Formular E5 (wenn keine lohnsteuerpflichtigen Einkünfte vorliegen) erfolgen.

Rückerstattung von Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträgen bei Mehrfachversicherung

Wurden im Jahr 2017 aufgrund einer **Mehrfachversicherung** über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus Beiträge entrichtet, ist ein **Antrag auf Rückzahlung der Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge** bis 31.12.20 möglich. Für Pensionsbeiträge ist die Rückerstattung an keine besondere Frist gebunden. Rückerstattete Beiträge sind im Jahr der Rücküberweisung grundsätzlich **einkommensteuerpflichtig**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

(Topf-)Sonderausgaben

Die Absetzbarkeit der sogenannten Topfsonderausgaben wurde zuletzt stark eingeschränkt. Lediglich für **vor dem 1.1.2016 abgeschlossene Versicherungsverträge** (bzw. begonnene Sanierungsmaßnahmen oder aufgenommene Darlehen für Wohnraumsanierung) können die Topfsonderausgaben **letztmalig 2020** abgesetzt werden. Die im Rahmen dieser Höchstbeiträge (2.920 € zuzüglich weiterer 2.920 € für Alleinverdiener) geltend gemachten Ausgaben wirken sich nur mit einem **Viertel steuermindernd** aus. Bei einem Jahreseinkommen zwischen **36.400 € und 60.000 €** reduziert sich der absetzbare Betrag gleichmäßig bis auf **den Pauschalbetrag von 60 €**.

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalisierte Steuerpflichtige können Steuerberatungskosten jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind bis zu 400 € absetzbar und werden über die Meldung an das Finanzamt **automatisch** berücksichtigt.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10% des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen**,

Tierschutzvereine und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10% des Gesamtbeitrags der Einkünfte**. Die im Jahr 2020 getätigten Spenden brauchen nicht in die Arbeitnehmerveranlagung eingetragen werden, sondern werden grundsätzlich von den Spendenorganisationen **direkt** an das **Finanzamt gemeldet**.

KESt-Optimierung bei Wertpapieren

Seit Einführung der „**Kapitalbesteuerung neu**“ unterliegen neben Wertpapiererträgen auch **Kursgewinne** von Neubeständen – unabhängig von der Behaltedauer – der **Besteuerung mit 27,5%**. Im Ausgleich dazu werden regelmäßig **Kursverluste** automatisch gegengerechnet, sodass im Endeffekt der **Saldo aus Erträgen** („Früchte“ wie z.B. Dividenden und Anleihenzinsen), **Kursgewinnen und Kursverlusten** („Stamm“ aus Neubeständen) der **27,5%igen Besteuerung unterworfen** wird. Ein **Verlustvortrag** ist **nicht möglich**. Durch **gezielte Realisierungen** zum Jahresende hin kann die steuerliche Optimierung insoweit erfolgen als versucht wird, diesen **Saldo** möglichst **auf null** zu stellen. So kann etwa die vorgezogene Verlustrealisation aus Aktienpositionen des Neubestands in Betracht gezogen werden, wenn ein **KESt-Plus** aus den laufenden Erträgen oder Kursgewinnen vorliegt, da ja bei erwarteter positiver Kursentwicklung betriebswirtschaftlich **neuerdings** in dieses Papier investiert werden kann. Genauso können **Kursgewinne verwirklicht** werden, um einen bestehenden **Verlustüberhang** aus Veräußerungsverlusten zu nutzen.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2020 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämienbegünstigten Ausmaß von **2.957,80 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25% (125,71 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2020 eine **staatliche Prämie** von **18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).

1.5 Exkurs: Non-Profit-Organisationen

Bis zum **31.12.2020** können gemeinnützige Organisationen, Feuerwehren und Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften Anträge für Zuschüsse nach dem **NPO-Unterstützungsfonds** bei der aws elektronisch einreichen.

Verkürzt zusammengefasst werden **bestimmte Kosten** sowie ein pauschaler Prozentsatz der Einnahmen des Vorjahres als **Strukturkostenbeitrag gefördert**. Die Förderung ist mit der Höhe des Rückgangs der Einnahmen (Vergleich 1. bis 3. Quartal 2020 mit 1. bis 3. Quartal 2019) begrenzt.



© ditzain - stock.adobe.com



2 Schwerpunkt COVID-19 („Corona-Krise“)¹

2.1 14% COVID-19-Investitionsprämie für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich

Seit **1. September 2020** und bis spätestens 28. Februar 2021 können Unternehmen die maximal **14% COVID-19-Investitionsprämie** geltend machen, sofern die Investitionsmaßnahmen der Ökologisierung, **Digitalisierung** oder dem Bereich **Gesundheit und Life-Science** dienen. Zusammen mit der (COVID-19)Investitionsprämie von **7%** für „normale“ Investitionen soll ein Anreiz für Unternehmen geschaffen werden, in und nach der COVID-19-Krise zu investieren und so **Unternehmensstandorte** und Betriebsstätten in Österreich zu **sichern**, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen und insgesamt zur **Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich** beizutragen. Wesentliche Voraussetzungen für die Förderung sind, dass es sich um **materielle** und **immaterielle aktivierungspflichtige Neuinvestitionen** in das abnutzbare **Anlagevermögen** handelt. Investitionen in **gebrauchte Güter** sind auch förderungswürdig, sofern es sich um eine Neuanschaffung für das investierende Unternehmen handelt. Das förderungsfähige Unternehmen muss überdies über einen **Sitz** und/oder eine **Betriebsstätte** in Österreich verfügen.

Um an die Förderung durch die Investitionsprämie zu gelangen – es handelt sich dabei um nicht rückzahlbare **einkommensteuerfreie Zuschüsse** – müssen einige Hürden gemeistert werden. Zeitlich betrachtet müssen i.Z.m. der Investition **zwischen 1. August 2020** (allerdings keinesfalls davor) und **28. Februar 2021 erste Maßnahmen** gesetzt werden; dabei handelt es sich z.B. um Bestellungen, Kaufverträge, Lieferungen, An(Zahlungen), Rechnungen oder den Baubeginn. Planungsleistungen, die Einholung von behördlichen Genehmigungen sowie Finanzierungsgespräche zählen nicht zu den sogenannten ersten Maßnahmen. Die **Inbetriebnahme** und **Bezahlung** der Investitionen muss bis **spätestens 28. Februar 2022** erfolgen – diese Frist verlängert sich bis Ende Februar 2024, sofern das Investitionsvolumen mehr als 20 Mio. € ausmacht. Betragsmäßig liegt die **Untergrenze** einer förderbaren Investition bei **5.000 € netto** und als **Obergrenze** gilt ein **Investitionsvolumen** (d.h., es können mehrere Investitionen pro Unternehmen gefördert werden) von **50 Mio. € netto pro Unternehmen bzw. pro Konzern**.

¹ Neuerungen bis inklusive 7.11.2020 wurden berücksichtigt.

Bei der Frage, ob eine Investitionsprämie und falls ja, jene mit 14%, geltend gemacht kann, müssen mehrere Aspekte berücksichtigt werden. So stellt die **Förderungsrichtlinie** „COVID-19-Investitionsprämie für Unternehmen“ klar, dass für Investitionen in Anlagen, welche der Förderung, dem Transport oder der Speicherung **fossiler Energieträger** dienen (bzw. solche Investitionen, die fossile Energieträger direkt nutzen) gar **keine Investitionsprämie** geltend gemacht werden kann. Die Förderung kann allerdings **trotzdem** in Anspruch genommen werden, sofern es sich um Investitionen in bestehende Anlagen, die fossile Energieträger direkt nutzen, handelt und wenn durch die Investition eine **substanzielle Treibhausgasreduktion** erzielt wird. Davon ist bei einer **Prozessenergie-Einsparung** von **mehr als 10%** auszugehen oder wenn eine **Treibhausgasreduktion** von 25.000 t CO₂e pro Jahr im Regelbetrieb erzielt wird. Darüber hinaus sind beispielsweise **Investitionen** i.Z.m. dem Erwerb von Grundstücken, Kosten für **Unternehmenskäufe** und Unternehmensübernahmen, **Beteiligungserwerbe** oder Investitionen in **Finanzanlagen** von der **Investitionsprämie ausgenommen**. Die mit Investitionen verbundene **Umsatzsteuer** ist **grundsätzlich** auch **keine förderbare Ausgabe** – wenn allerdings die fehlende Vorsteuerabzugsberechtigung nachgewiesen wird, stellt die Umsatzsteuer einen förderbaren Kostenbestandteil dar.

Die besondere **Förderung mit 14% der Investitionskosten** kann nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die Investitionsmaßnahme der Ökologisierung, **Digitalisierung** oder dem Bereich **Gesundheit und Life-Science** dient. Die Förderungsrichtlinie ist insbesondere zum Thema Ökologisierung sehr umfangreich gehalten. Mit 14% gefördert sind beispielsweise Investitionen i.Z.m. Wärmepumpen, thermischer Gebäudesanierung, Nahwärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger, Luftreinhaltung, umweltschonender Bewirtschaftung gefährlicher Abfälle, Photovoltaikanlagen und Stromspeicher, Ökostromanlagen, Forcierung der Elektromobilität usw. Der Bereich **Digitalisierung** dürfte dazu führen, dass Unternehmen vielerlei Branchen die 14% COVID-19-Investitionsprämie in Anspruch nehmen können. Gefördert werden beispielsweise Investitionen in **digitale Infrastruktur und Technologien** (künstliche Intelligenz, Cloud-Computing, 3D-Druck, Blockchain, Big Data), in die Einführung oder Verbesserung von IT- und Cybersecurity-Maßnahmen, **E-Commerce** oder auch in Home-Office-Möglichkeiten und **mobiles Arbeiten**. Der Förderungsrichtlinie entsprechend sind daher (recht allgemein gehalten) **Investitionen in Hardware**, in die Neuanschaffung von **Software** und in **Infrastruktur** (ausgenommen sind bauliche Maßnahmen) begünstigt. Von **Investitionen in Hardware** sind z.B. Server, Drohnen, 3D-Drucker, Equipment zur Durchführung von Videokonferenzen, digital gesteuerte Roboter, Netzwerkkomponenten oder auch Simulationsanlagen umfasst. Bei der **Infrastruktur** kann es sich um Investitionen zum Anschluss an Hochleistungsnetze, Breitband, WLAN-Netze, Cloud-Lösungen oder Unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV) handeln. Schließlich sind auch die mit **14% geförderten Investitionen** i.Z.m. **Gesundheit und Life-Science** in der Förderungsrichtlinie näher erläutert. Konkret gefördert werden Anlageninvestitionen zur Entwicklung und Produktion von pharmazeutischen Produkten für den **human- und veterinärmedizinischen Bereich**; gleiches gilt für Investitionen für die Herstellung von Produkten, die in **Pandemien** von strategischer Bedeutung sind (etwa Gesichtsmasken, Schutzkleidung, Operationskleidung und –abdecktücher oder Beatmungsgeräte für die Intensivpflege).

Die COVID-19-Investitionsprämie muss über den **aws-Fördermanager** (<https://foerdermanager.aws.at>) schriftlich **beantragt** werden – für die Erlangung der Förderung kommt insbesondere dem Aspekt der **Abrechnung** große Bedeutung zu. So muss **spätestens drei Monate** ab Inbetriebnahme und Bezahlung der Investition eine **Abrechnung** über die **durchgeführten Investitionen** zur Verfügung ge-

stellt werden. **Ab** einer **Zuschusshöhe** von **12.000 €** muss die **inhaltliche Korrektheit der Abrechnungen** für die Frage der Aktivierung der zur Förderung beantragten Investition zusätzlich von einem **Wirtschaftsprüfer, Steuerberater** oder Bilanzbuchhalter **bestätigt** werden. Darüberhinausgehend müssen die **geförderten Vermögensgegenstände** (mit Ausnahme von Software) jeweils **mindestens drei Jahre in Österreich verbleiben** und dürfen während dieser Sperrfrist weder verkauft noch für Zwecke außerhalb eines Standortes in Österreich verwendet werden. Ist ein Ausscheiden aufgrund von höherer Gewalt oder technischer Gebrechen nicht zu vermeiden, so kann die Förderung durch **Ersatzinvestitionen** (und Einhaltung der Sperrfrist) aufrechterhalten werden. Schließlich müssen die **Unterlagen** i.Z.m. der Förderung **10 Jahre** nach Ende des Kalenderjahres der letzten Auszahlung sicher und geordnet **aufbewahrt** werden.

2.2 COVID-19 Fixkostenzuschuss zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit



Der **Fixkostenzuschuss** als wichtige Maßnahme zur Unterstützung von Unternehmen bei der Bewältigung der Corona-Krise ist bereits in die **zweite Phase** gegangen. Dabei soll der Fixkostenzuschuss zur **Erhaltung der Zahlungsfähigkeit** und der **Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten** beitragen (er darf allerdings nicht zur Zahlung von Boni an Vorstände oder Geschäftsführer verwendet werden).

Den Fixkostenzuschuss (II) können grundsätzlich **Unternehmen** mit Sitz oder Betriebsstätte in **Österreich** beantragen, welche eine **operative Tätigkeit** ausüben (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Tätigkeit oder aus Gewerbebetrieb). Überdies müssen sie **schadensmindernde Maßnahmen** gesetzt haben, um die durch den Zuschuss zu deckenden Fixkosten zu minimieren. Der **Fixkostenzuschuss** ist **nicht zu versteuern** und auch **nicht rückzahlbar** – er reduziert jedoch die abzugsfähigen Aufwendungen im betreffenden Wirtschaftsjahr, soweit diese durch den Fixkostenzuschuss abgedeckt sind.

Der **Fixkostenzuschuss II** ist auch durch **verbesserte Rahmenbedingungen** (im Vergleich zum Fixkostenzuschuss der ersten Phase) gekennzeichnet. Neben der Verdoppelung der Dauer der Periode, für welche der Zuschuss beantragt werden kann, wurden auch die **Anforderungen** an die Inanspruchnahme **gesenkt** und der Umfang des Zuschusses erhöht. Verständlicherweise dürfen angefallene Fixkosten keineswegs doppelt im Rahmen von Fixkostenzuschuss I und II berücksichtigt werden. Die **geförderten Fixkosten** sind breit gefächert und **umfassen**:

- » Geschäftsraummieten und Pacht,
- » **AfA** für Anschaffungen vor dem 16. März 2020 sowie fiktive Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter,
- » betriebliche Versicherungsprämien,
- » Zinsaufwendungen,

- » **Leasingraten** (im Vergleich zu Phase I sind Leasingraten nun zur Gänze förderungswürdig) – sofern für das geleaste Wirtschaftsgut die (fiktive) AfA geltend gemacht wird, gilt dies nur für den Finanzierungskostenanteil der Leasingraten,
- » betriebliche Lizenzgebühren,
- » Telekommunikation, Strom, Gas, Energie- und Heizkosten,
- » Wertverlust von mindestens 50% (durch die COVID-19-Krise bedingt) bei verderblicher/saisonaler Ware,
- » Personalaufwand (ausschließlich für die Bearbeitung von krisenbedingten Stornierungen und Umbuchungen), **angemessener Unternehmerlohn** (höchstens 2.666,67 € inklusive Sozialversicherungsbeiträge abzüglich Nebeneinkünfte), **Geschäftsführerbezüge** bei Kapitalgesellschaften (sofern nicht nach ASVG versichert),
- » Beantragungskosten (für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Bilanzbuchhalter) i.Z.m. dem Fixkostenzuschuss II in Höhe von 500 €, sofern unter 12.000 € Zuschuss beantragt werden,
- » Aufwendungen zur Vorbereitung für die Erzielung von Umsätzen (sogenannte **frustrierte Aufwendungen**; ein Zuschuss für diese kann auch rückwirkend für Phase I beantragt werden),
- » sonstige betriebsnotwendige Zahlungsverpflichtungen (die nicht das Personal betreffen).

Bei der Berechnung bzw. Höhe des Fixkostenzuschusses ist es insoweit zu einer bedeutsamen Änderung gekommen, da sich der **Zuschuss nunmehr linear berechnet** (d.h. bei 85% Umsatzausfall werden beispielsweise 85% der Fixkosten erstattet). Der Zuschuss wird schon **ab 30% Umsatzausfall** (statt 40%) **gewährt** und kann bis zu 100% betragen. Betriebe mit **weniger als 100.000 € Umsatz** im letztveranlagten Jahr können **pauschal 30%** des Umsatzausfalls als **Fixkosten** ansetzen. Die Untergrenze des Fixkostenzuschusses beträgt 500 € und die **Obergrenze** liegt bei **5 Mio. € pro Unternehmen**.

Bei der Berechnung der **Förderhöhe** spielt der **Umsatzrückgang** eine bedeutende Rolle. Hierbei kann zwischen der **quartalsweisen** und der **monatlichen Betrachtungsweise** unterschieden werden. Bei der **quartalsweisen Betrachtungsweise** erfolgt der Vergleich zwischen Q3 und Q4/2020 mit den entsprechenden Quartalen des Vorjahres bzw. werden Q4/2020 und Q1/2021 mit den entsprechenden Vorjahresquartalen verglichen. Wählt man die **monatweise Betrachtungsweise**, so sind aus **neun monatlichen Betrachtungszeiträumen** zwischen 16.6.2020 und 15.3.2021 **sechs** auszuwählen, welche zeitlich zusammenhängen. Sofern der Fixkostenzuschuss bereits in Phase I beantragt worden ist, müssen die gewählten **Betrachtungszeiträume** für Phase II an die Phase I **anschließen**.

Die **Beantragung** des Fixkostenzuschusses II erfolgt über **FinanzOnline** an die COFAG, wobei die Höhe der Umsatzausfälle und Fixkosten grundsätzlich durch einen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Bilanzbuchhalter zu bestätigen sind. Die **Auszahlung erfolgt schließlich in zwei Tranchen**. Da „grünes Licht“ seitens der EU-Kommission noch aussteht, ist es bei dem Start der Antragsannahme für den Fixkostenzuschuss II zu Verzögerungen gekommen – der **Antrag für Auszahlung der 1. Tranche** kann jedenfalls **bis 15. Dezember 2020** erfolgen. Der **Beantragungszeitraum** für die **2. Tranche** erstreckt sich **von 16. Dezember 2020 bis 31. August 2021**. Weitere Informationen und laufend aktualisierte FAQs finden sich unter <https://www.fixkostenzuschuss.at/>.

2.3 Umsatzerersatz für behördlich geschlossene Unternehmen

Für den Zeitraum der angeordneten Schließung erhalten österreichische Unternehmen, die auf staatliche Anordnung geschlossen bzw. eingeschränkt wurden, auf **Antrag via FinanzOnline (bis 15.12.20)** bis zu 80% ihres Umsatzes aus dem Monat des Vorjahres ersetzt und rasch ausbezahlt (**Lockdown-Umsatzerersatz**). Wichtige Voraussetzung dafür ist eine **Arbeitsplatzgarantie für die Mitarbeiter**. Die Berechnung der Förderung erfolgt automatisch basierend auf den der Finanzverwaltung vorliegenden Daten. Sofern trotz des Lockdowns Umsätze erzielt werden (etwa durch die Bereitstellung von Lieferservice), kürzt dies den Umsatzerersatz nicht. Die **maximale Förderung** pro Unternehmen beträgt **800.000 €**, wobei bestimmte Corona-Hilfen gegenzurechnen sind. Eine **Kombination von Umsatzerersatz und Fixkostenzuschuss** (für unterschiedliche Zeiträume) ist möglich. Ebenso kann der Umsatzerersatz neben der **Kurzarbeit** beantragt werden. Weitere Details finden sich unter <https://www.umsatzersatz.at/>.

2.4 Kurzarbeit – rasche Hilfe auch im zweiten Lockdown

Zeitnah zum **zweiten Lockdown** im November 2020 ist es zu einer **Adaptierung** der in der Corona-Krise bewährten **Kurzarbeit** gekommen. Für Arbeitnehmer von unmittelbar vom Lockdown betroffene Unternehmen (durch **behördliche Schließung**) liegt die **Mindestarbeitszeit** in Kurzarbeit (wie bereits im Frühling) bei **10%**. Da der Durchrechnungszeitraum bis Ende März 2021 gilt, kann z.B. in einem behördlich geschlossenen Gastronomiebetrieb im November gar nicht gearbeitet werden (und Kurzarbeit bezogen werden), sofern dies in anderen Monaten kompensiert wird (etwa durch 20% Arbeitsleistung im Dezember). Auch **Betriebe**, welche nicht vom behördlichen Betretungsverbot umfasst sind, können die **Arbeitszeit im November auf 0% absenken**. Die **Mitarbeiter** in Kurzarbeit erhalten für die Dauer der Kurzarbeit **80% bis 90%** (für Geringverdiener) ihres Entgelts. Überdies erhalten Beschäftigte in Kurzarbeit, sofern sie von der Regelung des **Trinkgeldpauschales** umfasst sind, für November 2020 bzw. für die Zeit des Lockdowns **100 € netto pro Monat**.



Abgesehen von dieser Sonderregelung dauert die **Phase III der Kurzarbeit** noch **bis 31. März 2021**. Phase III kann dabei eine Verlängerung zu Phase II darstellen oder auch in Form eines Erstantrags in Anspruch genommen werden. Die **Mindestarbeitszeit** beträgt **30%** (die Höchstarbeitszeit 80%) und die Arbeitnehmer erhalten weiterhin 80% bis 90% ihres Nettoeinkommens – die **Arbeitgeber zahlen** dabei für die **tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung**, die Differenz inklusive Lohnnebenkosten trägt das AMS. Diese Phase der Kurzarbeit zielt auch auf die Weiterbildungsbereitschaft der Mitarbeiter ab – sie müssen also dazu bereit sein, in der **Kurzarbeitszeit** eine **Weiterbildung** zu machen, wenn eine solche vom Unternehmen angeboten wird (fallweise auch in Kooperation mit dem AMS). Die verpflichtende Vorlage von Prognoserechnungen wie auch insgesamt strengere Kontrollen sollen Missbrauch i.Z.m. der Kurzarbeit verhindern.

Viele der zahlreichen mit der Kurzarbeit zusammenhängenden **Fragen** werden in **FAQ** beantwortet (<https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Coronavirus/FAQ--Kurzarbeit.html>). Der **Kurzarbeit-Rechner** des AMS findet sich unter: <https://www.ams.at/unternehmen/personalsicherung-und-fruehwarnsystem/kurzarbeit/rechner-fuer-kurzarbeit>.

2.5 Bis zu 30% degressive Absetzung für Abnutzung (AfA) und beschleunigte Gebäudeabschreibung

Diese beiden Maßnahmen sollen zur **Entlastung** von **Unternehmen** bei **Investitionen** beitragen und auch zu Erleichterungen bei **Vermietung und Verpachtung** führen. Da keine zeitliche Befristung vorgesehen ist, handelt es sich um „**Dauerrecht**“. Die **degressive Abschreibung** stellt **steuerlich** – zu Fragen im Rahmen der Bilanzierung und hinsichtlich Maßgeblichkeit siehe den Beitrag „Bilanzierung von Covid-19-Maßnahmen im Jahresabschluss“ – eine Alternative zur linearen Abschreibung dar und kann **maximal 30%** pro Jahr ausmachen (es handelt sich dabei um die „**geometrisch**“ **degressive AfA**). Konkret erfolgt die AfA in fallenden Jahresbeträgen nach einem unveränderlichen Prozentsatz (höchstens 30%), wobei der Prozentsatz auf den jeweiligen Buchwert bzw. Restbuchwert den entsprechenden Jahresbetrag der Abschreibung ergibt. Die degressive Abschreibung kann im **betrieblichen** wie im **außerbetrieblichen Bereich** angewendet werden und auch bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern**.

Die degressive Abschreibung kann für **nach dem 30.6.2020 angeschaffte** oder **hergestellte** Wirtschaftsgüter angewendet werden; im Falle der Herstellung ist der Zeitpunkt der **Fertigstellung maßgebend** (auch wenn die Herstellung vor dem 1. Juli 2020 begonnen worden ist). Der Übergang von der **degressiven zur linearen Abschreibung** (nicht aber umgekehrt) ist mit Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres **zulässig** – es ist dann der vorhandene Restbuchwert durch die Restnutzungsdauer zu dividieren. Durch den Wechsel zur linearen Abschreibung wird jedenfalls eine **Vollabschreibung** des Wirtschaftsgutes ermöglicht. Schließlich ist auch die **Halbjahresregelung** auf die **degressive Abschreibung** anzuwenden.

Bestimmte Wirtschaftsgüter sind von der degressiven Abschreibung **ausgenommen**; es handelt sich dabei z.B. um unkörperliche (falls **nicht** i.Z.m. Digitalisierung, Ökologisierung und Gesundheit/Life Science) oder gebrauchte Wirtschaftsgüter, Gebäude, (grundsätzlich) Pkws und Kombis, mit fossiler Energie betriebene Energieerzeugungsanlagen usw.

Für **nach dem 30. Juni 2020** angeschaffte **Gebäude** ist eine beschleunigte **Abschreibung** möglich, indem im **ersten Jahr** eine „**dreifache Abschreibung**“ (das Dreifache des regulären Abschreibungssatzes) und im **zweiten Jahr** eine **zweifache Abschreibung** des Gebäudes steuerlich geltend gemacht werden kann. Bei einem Bürogebäude gilt daher beispielsweise eine AfA von 7,5% im ersten Jahr und 5% im zweiten Jahr; danach geht es mit der AfA von 2,5% weiter. Die **Halbjahresabschreibungsregelung gilt** bei Gebäuden **ausdrücklich nicht**, sodass auch bei der Inbetriebnahme in der zweiten Hälfte des (ersten) Wirtschaftsjahres drei volle Jahresabschreibungen steuerlich geltend gemacht werden können.

2.6 Steuerliche Ergebnisglättung durch Verlustrücktrag für Verluste aus 2020

Mit dem **Konjunkturstärkungsgesetz 2020** ist krisenbedingt ein Novum in das österreichische Steuerrecht aufgenommen worden. Mithilfe des **Verlustrücktrags** wurde eine Entlastungsmaßnahme geschaffen, die zu einer nachhaltigen Erholung der Wirtschaft beitragen soll. Konkret können die wirtzw. Restbuchwert den entsprechenden Jahresbetragschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise durch eine **Ergebnisglättung steuerlich abgedeckt** werden – Unternehmen können nämlich ihre steuerlichen Verluste aus dem Jahr 2020 in die vergangenen **Veranlagungszeiträume 2019 und 2018 rücktragen** und dadurch (idealerweise) mit Gewinnen dieser Jahre ausgleichen. Der Verlustrücktrag führt dabei zu einem **positiver Liquiditätseffekt**, da nicht mehr auf zukünftige Gewinne für den Verlustvortrag gewartet werden muss, sondern Verluste mit bereits in der Vergangenheit erzielten Gewinnen verrechnet werden können.

Der Verlustrücktrag knüpft an einige Voraussetzungen. Neben dem Vorliegen von **betrieblichen Einkünften** ist der Verlustrücktrag mit **5 Mio. € pro Unternehmen begrenzt**. Auf Antrag kann also der Verlust aus der Veranlagung 2020 im Rahmen der Veranlagung 2019 bis zu einem Betrag von 5 Mio. € vom Gesamtbetrag der Einkünfte vor Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen abgezogen werden. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein **verbleibender Verlust** im Rahmen der Veranlagung **2018** (Höchstbetrag 2 Mio. €) **rückgetragen** werden. Der neue Verlustrücktrag geht dem schon länger bestehenden Verlustvortrag vor, wobei Verluste aus der Veranlagung 2020, welche nicht rückgetragen werden können, vorgetragen und in den Folgejahren als Sonderausgaben steuerlich geltend gemacht werden können. Für **GmbH** und **AG** ist beim Verlustvortrag die **75%-Grenze** (Ausgleich des Verlusts mit 75% des Gesamtbetrags der Einkünfte) zu berücksichtigen, welche aber nicht beim Verlustrücktrag gilt. Der Verlustrücktrag ist verfahrensrechtlich auch möglich, wenn bereits für die Veranlagungsjahre 2019 oder 2018 ein Bescheid erlassen worden ist.

Erwartungsgemäß gelten **Sonderregelungen** für Unternehmen mit **abweichendem Wirtschaftsjahr** und bei **Unternehmensgruppen**. Wenn ein abweichendes Wirtschaftsjahr im Kalenderjahr 2020 endet, haben Unternehmen dahingehend ein **Wahlrecht**, dass sie entweder den Verlust aus der Veranlagung 2020 (Wirtschaftsjahr 2019/20) oder aus der Veranlagung 2021 (Wirtschaftsjahr 2020/21) rücktragen. Das **Wahlrecht** kann insbesondere dann **vorteilhaft** sein, wenn sich die krisenbedingte **Verschlechterung der Auftragslage** erst **zeitverzögert** bemerkbar macht. Im Rahmen der **Gruppenbesteuerung** ist (auch aus Verwaltungsvereinfachungsgründen) der Verlustrücktrag ausschließlich auf **Ebene des Gruppenträgers möglich**. Maßgebend ist überdies das Gruppeneinkommen und der Höchstbetrag beträgt 5 Mio. € für den Gruppenträger und 5 Mio. € für jedes unbeschränkt oder beschränkt steuerpflichtige Gruppenmitglied (dessen Einkommen dem Gruppenträger zugerechnet wurde).

Im Sinne eines **möglichst schnellen Liquiditätseffekts** wird schließlich sichergestellt, dass eine **Verlustberücksichtigung** (Verlustrücktrag) im Rahmen der Veranlagung 2019 bzw. 2018 bereits **vor der Veranlagung 2020 möglich** ist. Dies soll mittels einer sogenannten „**COVID-19-Rücklage**“ in der Veranlagung 2019 gelingen. Konkret können voraussichtliche betriebliche Verluste 2020 bereits im Rahmen der Veranlagung 2019 bei Ermittlung des Gewinns durch die COVID-19-Rücklage als besonderen Abzugsposten und somit gewinnmindernd berücksichtigt werden.

2.7 Bilanzierung von Covid-19-Maßnahmen im Jahresabschluss

Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden **umfangreiche Maßnahmen beschlossen, die auch zu Auswirkungen auf die unternehmensrechtliche Bilanzierung führen** (z.B. Kurzarbeitsbeihilfen, Fixkostenzuschüsse, Investitionsprämien). Darüber hinaus wurden steuerrechtliche Abschreibungsregeln angepasst, die ebenfalls die Bilanzierung ab dem Geschäftsjahr 2020 beeinflussen können.

Bei der Bilanzierung von Covid-19-Zuschüssen wird zum einen zwischen **Investitions- und Aufwandszuschüssen** und zum anderen zwischen **echten und unechten Zuschüssen** unterschieden. **Investitionszuschüsse sind** Zuschüsse für Investitionen in das Anlagevermögen. Diese Zuschüsse sind nach UGB **in einem Sonderposten zu passivieren** und nach Maßgabe der Abschreibungen der Vermögensgegenstände, für die die Zuschüsse gewährt wurden, ertragswirksam aufzulösen (**Bruttomethode**). **Alternativ** ist es nach UGB auch **zulässig**, die **Anschaffungs- und Herstellungskosten** der Vermögensgegenstände **um die gewährten Zuschüsse zu reduzieren (Nettomethode)**. **Aufwandszuschüsse sind** nach UGB **nach Maßgabe des Aufwandsanfalls ertragswirksam** als sonstige betriebliche Erträge **zu erfassen**. Eine offene Absetzung von den jeweiligen Aufwendungen ist alternativ ebenfalls zulässig. Bei **echten Zuschüssen** besteht, anders als bei unechten Zuschüssen, **keine Gegenleistungsverpflichtung**. Bei echten Zuschüssen ist eine **Forderung dann zu aktivieren, wenn** der Berechtigte am Abschlussstichtag die **sachlichen Voraussetzungen** für die Gewährung des **Zuschusses erfüllt hat und der Zuschuss bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses bewilligt** ist. Sofern ein Rechtsanspruch auf den Zuschuss besteht und der Antrag mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit gestellt werden wird, muss keine Bewilligung vorliegen.

Die **Corona-Kurzarbeit** dient dazu, die **Personalkosten** von Unternehmen während der Covid-19-Krise vorübergehend zu **verringern**. Die **Beihilfen zur Kurzarbeit** stellen einen **Aufwandszuschuss** dar und sind daher nach UGB als sonstiger betrieblicher Ertrag zu erfassen. Alternativ dürfen die Beihilfen offen von den Personalaufwendungen abgesetzt werden. Eine Saldierung ist **nicht** zulässig.

Fixkostenzuschüsse sollen zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung von Covid-19 dienen. **Fixkostenzuschüsse sind Aufwandszuschüsse** und daher analog zu den Kurzarbeitsbeihilfen zu bilanzieren.

Die **Investitionsprämie** soll für Unternehmen in der Covid-19-Krise einen verstärkten Anreiz für Investitionen, insbesondere in den Bereichen Ökologisierung, Digitalisierung und Gesundheit bzw. Life Science, bieten. Die **Investitionsprämie** stellt einen **Investitionszuschuss** dar und ist daher in einem **Sonderposten** zu passivieren und in weiterer Folge laufend ertragswirksam aufzulösen (Bruttomethode). Alternativ ist es zulässig, die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten um die Investitionsprämie zu kürzen (Nettomethode).

Durch die Maßnahmen des **Konjunkturstärkungsgesetz 2020** soll Österreich im Bereich des Abgabenrechts gestärkt aus der Covid-19-Krise kommen. Das Gesetz sieht unter anderem die Möglichkeit einer **degressiven Abschreibung** vor. Diese Neuerung bei den gesetzlichen Abschreibungsregeln hat auch Auswirkungen auf den Jahresabschluss. Für bestimmte Wirtschaftsgüter, die nach

dem 30.6.2020 angeschafft bzw. hergestellt werden, **ist steuerlich eine degressive Abschreibung** mit einem unveränderlichen Prozentsatz von **maximal 30% des jeweiligen (Rest)Buchwerts zulässig**. Ein Wechsel von der degressiven zur linearen Abschreibung ist möglich. Ein Wechsel von der linearen zur degressiven Abschreibung ist hingegen nicht zulässig. Die Vorschriften zur steuerlichen Halbjahresabschreibung sind anzuwenden. **Fraglich** ist, ob die **degressive Abschreibung** aufgrund der **Maßgeblichkeit steuerlich** nur dann **geltend gemacht** werden kann, **wenn** auch im Jahresabschluss **nach UGB degressiv abgeschrieben** wird. Nach UGB ist jedoch das Stetigkeitsgebot zu beachten und es ist im Einzelfall zu beurteilen, ob eine degressive Abschreibung überhaupt zulässig ist. Aufgrund dieser praktischen Probleme hat das **BMF mitgeteilt**, dass die **degressive Abschreibung steuerlich** jedenfalls für Anschaffungen bis zum 31.12.2021 – **unabhängig von der Bilanzierung nach UGB – geltend gemacht werden kann**. Zu beachten ist, dass bei Abweichungen zwischen der steuerlichen und der unternehmensrechtlichen Vorgehensweise **latente Steuern** nach UGB zu bilanzieren sind.

Noch vor dem Ausbruch der Covid-19-Krise wurde die **steuerliche Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)** von 400 € auf **800 € angehoben**. Die steuerliche Sofortabschreibung von GWG ist unverändert ein **Wahlrecht**. Das UGB bietet ebenfalls die Möglichkeit einer Sofortabschreibung von geringwertigen Vermögensgegenständen, enthält jedoch keine Betragsgrenze. Im **UGB kann** somit, solange nicht gegen den True and Fair View verstoßen wird, eine **andere Betragsgrenze als im Steuerrecht gewählt** werden. Auch hier ist zu beachten, dass bei Abweichungen zwischen der steuerlichen und der unternehmensrechtlichen Vorgehensweise **latente Steuern** nach UGB zu bilanzieren sind.



3 Fokus Unternehmer

3.1 Kluge Investitionsentscheidungen während der (COVID-19)Krise treffen

Die COVID-19-Krise ruft zumindest kurzfristig betrachtet in vielen Unternehmen den Drang bzw. die Notwendigkeit von **drastischen Einsparungen** hervor. Sofern jedoch ein bestimmter Grundoptimismus an bessere Zeiten und an ein Überwinden dieser Krise besteht, sollte sich ein Unternehmen auch mit der Thematik **Investitionen** auseinandersetzen. Investitionen können dabei allerdings eine ambivalente Rolle spielen. Auf der einen Seite sind gerade **Einsparungen bei Investitionen** ein (auf den ersten Blick) wirksames Mittel zur **Schonung der Liquidität**. Überdies stellen nicht durchgeführte

Investitionen eine „taktische Manövriermasse“ dar, um kurzfristig operative Zahlungen leisten zu können. Andererseits können gerade **unterlassene Investitionen** die mittel- und langfristigen Renditemöglichkeiten gefährden, da beispielsweise ohne Investitionen gerade dann die (Produktions)Anlagen veraltet sind oder zu geringe Kapazitäten zu Verfügung stehen, wenn das wirtschaftliche Umfeld wieder zur alten Stärke zurückgefunden hat.

Negativ betrachtet positioniert sich das Unternehmen durch **nicht getätigte Investitionen** möglicherweise schwächer am Markt und **verschlechtert** dadurch seine **Marktposition** sogar langfristig. Dabei ist auch das **Risiko** eines sogenannten **Investitionsstaus** zu beachten. Neben dem richtigen Zeitpunkt für die generelle Entscheidung für Investitionen müssen noch die **Implementierungsdauer** der Investitionen sowie der damit zusammenhängende **Investitionszyklus** berücksichtigt werden – erfolgt dies nicht, kann es zu einem Investitionsstau kommen. Eine **durchdachte Investitionsstrategie** (welche z.B. Investitionszyklen und Konjunkturzyklen berücksichtigt) und ein damit zusammenhängendes **robustes Investitionsmanagement** sind also unabdingbar, um den **Umschwung** aus einer drohenden Verlustsituation hin zu längerfristigen **Gewinnen** erreichen zu können.

Der Grundgedanke für eine durchdachte Investitionsstrategie liegt darin, dass durch **Investitionen** und **Kapitaleinsatz** zusätzliche **Gewinne** erwirtschaftet werden sollen. Investitionen können nach **unterschiedlichen Zielen** eingeordnet werden – beispielsweise als Investition in **zusätzliche Kapazitäten** zwecks Wachstums. Investitionen in **neue Technologien** können z.B. zu effizienteren Produktionsprozessen führen und durch Kostenreduktion die Gewinne erhöhen. Schließlich können Investitionen **tragfähiges Wachstum** bewirken und damit der Nachhaltigkeit des unternehmerischen Handelns dienen.

Eine häufige **Einteilung** von **Investitionen** erfolgt in **Ersatz-, Erweiterungs- und Innovationsinvestitionen**. Ersatzinvestitionen ersetzen Güter, welche sich durch den Wertschöpfungsprozess abgenutzt haben; es kommt jedoch zu keiner Erweiterung der originären Kapazitäten. Hingegen **vergrößern Erweiterungsinvestitionen** die **Kapazitäten** des Unternehmens, ohne jedoch das Geschäftsmodell grundsätzlich zu verändern. **Innovationsinvestitionen** schließlich bilden die Basis für eine **tiefgreifende Veränderung** des **Geschäftsmodells** des Unternehmens, etwa durch **neue Produkte**, Märkte oder Herstellungsverfahren. Die unterschiedlichen Kategorien von Investitionen sind jedenfalls durch **verschieden hohe Risiken** und einen jeweils **unterschiedlichen Zeithorizont** gekennzeichnet – gerade in Krisenzeiten sind das wesentliche Aspekte. So können Ersatzinvestitionen in der aktuellen Corona-Krise ausgelassen werden, um die Liquiditätsreserven zu stärken. Dies ist auch betriebswirtschaftlich durchaus verständlich, da aufgrund der **geringeren Nachfrage** die **Produktion gedrosselt** werden kann. Längerfristig betrachtet, insbesondere bei einer Marktberuhigung, müssen die Produktionskapazitäten jedoch wieder erhöht werden – unter Umständen kann dies aufwendiger sein als zum Zeitpunkt der verschobenen Investition, da sich die Rahmenbedingungen inzwischen geändert haben. **Innovationsinvestitionen** hingegen sind zumindest kurzfristig gesehen mit **hohem Risiko** und bloß einer **geringen Rendite** verbunden. In Krisenzeiten sind Unternehmen daher oftmals dazu verleitet, solche Investitionen hintanzustellen, wenngleich dadurch **strategische Optionen** fallengelassen werden.

Die richtige Investitionsentscheidung und damit verbunden das Investitionsmanagement können mittels Einordnung der potentiellen Investitionen in die bereits erwähnten Kategorien unterstützt

werden (auch z.B. durch eine **Matrixdarstellung**). Die Einteilung erfolgt dabei in Abhängigkeit von der **Rendite** (Return on Investment) **einerseits** und von den **Kapitalanforderungen** (ausgedrückt am Anteil vom Investitionsbudget) **andererseits**. Wenn Investitionen eine **hohe Rendite** (verglichen mit dem benötigten Investitionskapital) bieten und zugleich einen **großen Anteil** an dem **Investitionsbudget** benötigen, können sie grundsätzlich als **attraktive** Investitionen betrachtet werden (auch wenn sie aufgrund der hohen Kapitalanforderungen andere Investitionen verdrängen). Ein anderes Feld (Kategorie) erfasst Investitionen, die ebenfalls eine hohe Rendite versprechen, jedoch nur einen geringen Anteil am Investitionsbudget benötigen. Deutlich **weniger attraktiv** sind jene Investitionen, welche einen **hohen Kapitalbedarf** zeigen, der erwartete **ROI** jedoch nur **sehr bescheiden** ausfällt. Die vierte Kombination ist schließlich jene aus geringer Rendite und geringem Anteil am Investitionsbudget. Gerade in Krisenzeiten wie der aktuellen COVID-19-Krise liegt die Herausforderung für Unternehmen auch darin, das **Investitionsportfolio ganzheitlich** zu betrachten und Renditeforderungen mit der beschränkten Verfügbarkeit von Kapital auszubalancieren.

Für die **erfolgreiche Umsetzung** von Investitionsstrategien können **qualitative und quantitative Investitionsbewertungen** herangezogen werden. Die **qualitativen Faktoren** sind dabei oftmals wirtschaftlicher, **technischer**, sozialer oder **rechtlicher Natur**. Dabei können auch Parameter einer Investition wie z.B. strategischer Nutzen, Flexibilität, ökologische Nachhaltigkeit oder bestehende Erfahrung (in Bezug auf Investitionen) eine wichtige Rolle spielen. Dadurch kann sich herausstellen, dass eine **Investition** aufgrund von **qualitativen Vorteilen** auch **in Krisenzeiten vorgenommen** werden sollte, selbst wenn **quantitativ betrachtet** (d.h. typischerweise die Rendite) **kein** zwingender Anlass für eine **Investition** bestand.

Der **strategische**, langfristige **Nutzen** einer Investition kann darin bestehen, dass es zu positiven Werbeeffekten und **Kundenbindung** kommt und somit auch eine aus Renditesicht gering dimensionierte Investition während Krisenzeiten zu attraktiven **Folgeaufträgen** führt. Der **ausschließliche quantitative Fokus** auf jede einzelne Investition für sich könnte hingegen langfristig betrachtet **irreführend** sein. **Flexibilität** ist auch in Krisenzeiten grundsätzlich eine positive Eigenschaft und kann bezogen auf Investitionen jedoch insoweit problematisch sein, da beispielsweise bereits **begonnene Investitionen** oftmals nur mit großen Verlusten reduziert oder gänzlich rückgängig gemacht werden können. Der Aspekt der **ökologischen Nachhaltigkeit** einer Investition kann schließlich – auch in Krisenzeiten – den Ausschlag geben, ob ein Unternehmen eine Investition durchführt oder nicht. Dies trägt auch dem immer bedeutsameren gesellschaftlich und politisch gewollten Wandel zu umweltschonenden Technologien Rechnung. Schließlich ist auch der Aspekt der **Erfahrung gerade in Krisenzeiten** nicht zu unterschätzen. Es sind nicht nur die eigenen Kompetenzen zur Durchführung einer Investition mitentscheidend, sondern es gilt auch, äußere Einflüsse in anders funktionierenden Märkten in turbulenten Zeiten möglichst gut einschätzen zu können.

Mithilfe der **quantitativen Investitionsbewertung** kann – oftmals durch das Controlling – dazu beigetragen werden, dass **nicht tragbare Investitionen frühzeitig erkannt** werden und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. In Krisenzeiten muss jedenfalls **risikoangepasste Liquiditätsplanung** immer mitbedacht werden. Die wesentlichen Parameter der quantitativen Investitionsbewertung umfassen die Planung zukünftiger Zahlungsströme (der Investition), die Berechnung der Bewertungskriterien und den Vergleich der Bewertungskriterien mit Schwellenwerten.

- » Bei der **Planung der zukünftigen Cash Flows** sollte in Krisenzeiten noch größere Sorgfalt an den Tag gelegt werden. Idealerweise können Investitionen durch **operative Cash Flows** finanziert werden – dabei müssen wiederum die Liquiditätsrisiken richtig eingeschätzt werden, um nicht die **Insolvenz** des Unternehmens zu riskieren. Sofern die Zahlungsströme für die geplanten Investitionen und die dafür notwendige Liquidität nicht aufeinander abgestimmt werden können, müssen die **zusätzlichen Mittel** für die Investition in Form von **Fremdkapital** oder durch Thesaurierung sichergestellt werden.
- » Barwert, interner Zinsfuß oder auch die Amortisationsdauer sind typische **Bewertungskriterien für Investitionen** mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen. Für **Bewertungen in Krisenzeiten** haben diese Methoden oftmals den Schwachpunkt, dass nicht berücksichtigt werden kann, ob der **Kapitaleinsatz für eine Investition** tatsächlich **durch die Cash Flows gedeckt** werden kann. So gibt etwa der **Barwert** (net present value) einer Investition **keinen Aufschluss** darüber, wie hoch der **notwendige Kapitaleinsatz** ist oder **wie zeitintensiv** eine Investition ist. Daher kann es schwierig sein, nur mit einem begrenzten Budget während der Krise die **beste Investitionsentscheidung** mittels der Barwertmethode zu finden.
- » Die verschiedenen **Bewertungskriterien** können meist erst dann richtig an **Aussagekraft gewinnen**, sobald sie mit seitens des Unternehmens festgelegten **Schwellenwerten verglichen** werden. Hierbei kann es zielführend sein, **mehrere Bewertungskennzahlen** für die Entscheidung heranzuziehen und somit einen **umfassenden Vergleich** zu ermöglichen. Während Krisenzeiten tendieren Unternehmen dazu, Schwellenwerte wie die Amortisationsdauer oder den internen Zinsfuß anzuheben, um das Ausmaß an Investitionen zwecks Sicherung der Liquidität zu verringern. Bei dieser Vorgehensweise muss **mitberücksichtigt** werden, dass **Projekte mit höheren internen Renditen** (die somit den Schwellenwert überschreiten) auch stärker **risikobehaftet** sind.
- » Schließlich besteht auch die Möglichkeit, dass die aktuell wirtschaftlich schwierigen Umstände sich im Endeffekt als **Chance für Veränderung** und Verbesserung der Wettbewerbssituation präsentieren. Hinsichtlich Investitionsentscheidungen ist es daher empfehlenswert, eine **Gesamtperspektive** einzunehmen und nicht bloß auf das (Nicht)Erreichen von Schwellenwerten abzustellen. Ebenso müssen **qualitative Investitionskriterien** die wohlüberlegte Investitionsentscheidung beeinflussen.

3.2 WiEReG-Compliance-Package verringert Verwaltungsaufwand

Bekanntermaßen hat das WiEReG die unionsweite **Verhinderung von Geldwäsche** und Steuerhinterziehung zum Ziel, welche durch ein Register der wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften, anderen juristischen Personen und von bestimmten Trusts unterstützt werden soll. Auf **freiwilliger Basis** wird – erstmals möglich ab 10. November 2020 – ein sogenanntes **Compliance-Package** eingeführt, wodurch es zu einer **Verringerung des Verwaltungsaufwands** kommen soll. Dadurch können die zur Feststellung und Überprüfung des wirtschaftlichen Eigentümers erforderlichen **Dokumente** (z.B. Organigramme, Gesellschaftsvertrag oder Nachweis zu Treuhandschaften) **zentral im WiEReG gespeichert** werden. Dies hat mitunter den administrativen Vorteil, dass die zur Geldwäscheüber-

prüfung Verpflichteten über das Compliance-Package in die relevanten Dokumente Einsicht nehmen können und diese nicht extra beim Rechtsträger anfordern müssen. Aus Sicht des jeweiligen Rechtsträgers bietet sich auch der Vorteil, dass der **Kreis** jener, die in das Compliance-Package **Einsicht nehmen können, eingeschränkt** werden kann und beispielsweise nur Kreditinstitute umfasst, zu denen eine Geschäftsbeziehung besteht. Überdies kann (der Einfachheit halber) von einem Rechtsträger auch auf das Compliance-Package eines übergeordneten Rechtsträgers **verwiesen** werden, was sich z.B. bei **komplexen Konzernstrukturen** als sinnvoll erweisen kann.

Voraussetzung für die Verwendung eines Compliance-Packages ist, dass der wirtschaftliche Eigentümer von einem **berufsmäßigen Parteienvertreter festgestellt** und überprüft worden ist. Außerdem muss das Compliance Package durch den Parteienvertreter übermittelt werden – die Dokumente müssen im Zeitpunkt der Übermittlung **aktuell** sein (z.B. darf ein Auszug aus einem ausländischen Handelsregister nicht älter als 6 Wochen sein). Wenn berechtigte **Gründe gegen** die Übermittlung einer Urkunde an das Register bestehen, kann **anstelle der Urkunde ein Aktenvermerk** übermittelt werden. Das Compliance-Package und die erforderlichen Dokumente sind für **1 Jahr gültig**, sofern keine Änderungen betreffend die wirtschaftlichen Eigentümer eintreten.

Die mit dem Compliance-Package einhergehenden Strafen sind bedeutsam. So kann etwa ein **Finanzvergehen** vorliegen und eine Geldstrafe **bis zu 75.000 €** nach sich ziehen, sofern im Zuge der Übermittlung eines Compliance-Packages **vorsätzlich falsche oder verfälschte Dokumente** an das Register übermittelt werden. Eine **Finanzordnungswidrigkeit**, die mit bis zu **10.000 €** bestraft werden kann, kann vorliegen, sofern erforderliche Dokumente nicht an das Compliance-Package übermittelt werden bzw. damit zusammenhängende Pflichten nicht erfüllt werden.

3.3 Bilanzierung von Ersatzansprüchen

Unternehmen sind in der Praxis oftmals damit konfrontiert, dass **Verpflichtungen bestehen, für die dem Unternehmen Ersatzansprüche zustehen**. Dies kann beispielsweise bei **Versicherungs-, Gewährleistungs- oder sonstigen Regressansprüchen** der Fall sein. Im Unternehmensgesetzbuch (UGB) bestehen für die Bilanzierung von Ersatzansprüchen **keine ausdrücklichen Bestimmungen**. Die korrekte Bilanzierung ist daher aus den allgemeinen Bestimmungen des UGB abzuleiten, wobei zwischen Ersatzansprüchen, die rechtlich und wirtschaftlich bereits entstanden sind, und Ersatzansprüchen, die noch nicht aktivierbar sind, zu unterscheiden ist.

Sofern der Ersatzanspruch noch nicht aktivierbar ist, ist dieser bei der Ermittlung der Rückstellungshöhe grundsätzlich **wertmindernd zu berücksichtigen**. Eine Berücksichtigung ist jedoch dann **ausgeschlossen**, wenn Unsicherheiten betreffend den Bestand bzw. die Höhe des Anspruchs bestehen. Der Ersatzanspruch kann somit in diesem Fall nur dann wertmindernd bei der Rückstellung berücksichtigt werden, **wenn der Anspruch nahezu zweifelsfrei besteht** und wenn ein Verlust so gut wie ausgeschlossen ist. Ersatzansprüche, die **rechtlich und wirtschaftlich bereits entstanden sind**, sind als **separater Aktivposten anzusetzen**. Solche Ansprüche sind daher bei der Bewertung der Rückstellung aufgrund des **Saldierungsverbots nicht zu berücksichtigen**. Der Aktivposten und die Rückstellung sind vielmehr **getrennt voneinander anzusetzen**. Bei der **Bewertung des Aktivpostens** sind die allgemeinen Bewertungsbestimmungen des UGB zu beachten. Hierbei ist unter anderem auf die **Bonität** des Rückgriffschuldners Bedacht zu nehmen. Sollten die **Ersatzansprüche** bei

der **Bilanzierung nicht berücksichtigt** werden können, da die oben dargestellten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist zu beachten, dass diese **als Vorteile aus außerbilanziellen Geschäften** im Anhang anzugeben sind, sofern sie **wesentlich** sind.

Für das **Unternehmen**, das den **Ersatzanspruch gewährt** hat, bestehen im UGB klare Bestimmungen zur Bilanzierung bzw. zu Angaben im Anhang. Sofern das Unternehmen zur **Erfüllung** des Ersatzanspruchs **verpflichtet** ist und **sofern Höhe und Fälligkeit der Verpflichtung feststehen**, ist eine **Verbindlichkeit zu passivieren**. Sollten Höhe oder Zeitpunkt des Eintritts der Verpflichtung **unbestimmt** sein, ist mit einer Inanspruchnahme aus dem gewährten Ersatzanspruch aber ernsthaft zu rechnen, hat das Unternehmen eine **Rückstellung zu bilanzieren**. Sollten die Kriterien für die Bilanzierung einer Verbindlichkeit oder einer Rückstellung nicht erfüllt sein, hat **bei Vorliegen von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen vertraglichen Haftungsverhältnissen** eine Erfassung als **Eventualverbindlichkeit** zu erfolgen. Sofern auch die Voraussetzungen für die Erfassung einer Eventualverbindlichkeit nicht vorliegen, ist die übernommene Verpflichtung **im Anhang als sonstige finanzielle Verpflichtung** oder subsidiär als Risiko aus einem außerbilanziellen Geschäft anzugeben, sofern sie wesentlich ist.

3.4 Achtung bei der Vermietung über Online-Plattformen

Das eigene Haus, die eigene Wohnung oder ein Ferienhaus zu **vermieten**, ist für viele ein lukratives Zubrot geworden. In den letzten Jahren wurden internationale **Vermietungsportale**, Webseiten oder **elektronische Marktplätze** immer beliebter, um Mieter oder Interessenten für die eigene Immobilie zu finden.

Manchmal wird dabei jedoch übersehen, dass diese **Einkünfte aus der Vermietung und Verpachtung** beim **Finanzamt** erklärt werden müssen. Die Einkünfte unterliegen grundsätzlich einerseits der **Einkommensteuer** und andererseits der **Umsatzsteuer**. Zusätzlich können kommunale Abgaben wie die **Ortstaxe** fällig werden. Insbesondere seit dem Abgabenänderungsgesetz 2020 richtet die österreichische Finanzverwaltung ihre Aufmerksamkeit nunmehr besonders auf diese „Geschäftsmodelle“. Im Zuge des Abgabenänderungsgesetzes 2020 wurden **Betreiber** von Portalen, Webseiten und elektronischen Marktplätzen **verpflichtet**, gewisse **Informationen** über die vermittelten Umsätze aufzeichnen und an die **Finanzverwaltung** zu übermitteln.

Dabei sind laut Auskunft des BMF folgende Informationen aufzuzeichnen und zu übermitteln:

- » Name, Postadresse, E-Mail, Webseite und andere elektronische Adressen des Vermieters,
- » UID-Nummer (sofern vorhanden),
- » Bankverbindung oder die Nummer eines virtuellen Kontos,
- » eine Beschreibung der sonstigen Leistung, Höhe des bezahlten Entgelts, Information zur



©AlesiaKan - stock.adobe.com

Ermittlung des Ortes der Vermietungsleistung, der Zeitpunkt, an dem die sonstige Leistung ausgeführt wird und falls verfügbar, eine damit zusammenhängende einzigartige Transaktionsnummer.

Darüber hinaus müssen **Plattformbetreiber**, welche die **Vermietung** von Grundstücken oder die **Beherbergung** in eingerichteten Wohn- und Schlafräumen **unterstützen**, die Postadresse aufzeichnen und auch bekanntgeben, **wie viele Personen übernachten** bzw. wie viele Betten gebucht wurden. Sofern die Betreiber dieser **Informationspflicht nicht nachkommen**, **haften** sie für die **Umsatzsteuer** auf die vermittelten Umsätze. Nach derzeitigem Informationsstand ist davon auszugehen, dass sowohl nationale als auch internationale Betreiber dieser Pflicht nachkommen werden.

Anhand der erhaltenen Informationen erhofft sich die Finanz ausreichende Grundlagen, um etwaigen **Steuersündern** auf die Schliche zu kommen. Wer nun Sorge vor diesem Informationsaustausch und den daraus resultierenden Konsequenzen hat, sollte sich frühestmöglich mit seinem **Steuerberater** abstimmen. Es gibt diverse Möglichkeiten, ein etwaiges **Fehlverhalten** der Vergangenheit zu **korrigieren**. Die wohl sicherste Möglichkeit einer Korrektur der Vergangenheit ist eine **Offenlegung** des vergangenen Fehlverhaltens (eine sogenannte **Selbstanzeige**). Sofern sämtliche Merkmale des Finanzstrafgesetzes (rechtzeitig vor dem Entdecken der Tat, umfassende Offenlegung des Fehlverhaltens, Bezahlung der Steuerschuld, noch keine weitere Selbstanzeige für die betroffene Abgabensart und das betroffene Jahr) eingehalten werden, führt eine **Selbstanzeige** dazu, dass für Verfehlungen der Vergangenheit **keine finanzstrafrechtlichen Konsequenzen** drohen.

3.5 Neuorganisation der Finanzverwaltung

Die Neuorganisation der Finanzverwaltung (bedingt durch das **Finanz-Organisationsreformgesetz**) tritt mit **1. Jänner 2021 in Kraft** und ist durch eine **Verschlankeung** und Zusammenfassung der bisherigen Organisationsstruktur gekennzeichnet. Dadurch soll auch dem zunehmenden **digitalen Zeitalter** und den immer komplexer werdenden Rechtssystemen Rechnung getragen werden. Vor allem die Vielzahl an österreichischen (Finanz)Ämtern wird in wenigen **Behörden mit bundesweiter Zuständigkeit** konzentriert. Konkret gliedert sich die Bundesfinanzverwaltung unter dem Stichwort **Abgabenbehörden NEU** vor allem in folgende Organisationen:

- » Bundesministerium für Finanzen (BMF),
- » Finanzamt Österreich und Finanzamt für Großbetriebe (2 verschiedene Finanzämter),
- » Zollamt Österreich,
- » Amt für Betrugsbekämpfung und
- » Prüfdienst für lohnabhängige Abgaben und Beiträge (besteht bereits seit Jänner 2020).

Neben der **Reduktion der Finanzämter** (inklusive des Finanzamts für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel) werden also auch die **bisher 9 Zollämter** in einem Zollamt zusammengefasst und auch die Agenden von Großbetriebsprüfung, Finanzpolizei und Steuerfahndung zukünftig neu verteilt. Durch die **bundesweite Zuständigkeit** der neu eingerichteten Ämter sind örtliche Zuständigkeiten nicht mehr von Bedeutung. Dies soll insoweit vorteilhaft sein, als durch eine fehlende örtliche Zuständigkeit eine **gleichmäßige Verteilung** der zu erledigenden Akten und **Anbringen** besser erreicht werden kann.

Für das **Finanzamt Österreich** und für das **Finanzamt für Großbetriebe** bleibt der Oberbegriff „Finanzamt“ weiterhin erhalten, damit auch die Zuständigkeitsregelungen weitgehend beibehalten werden können – etwa, wenn es um das „für die Erhebung der Umsatzsteuer zuständige Finanzamt“ geht. Die **bisherigen Finanzämter** werden übrigens zu **regionalen Dienststellen des Finanzamts Österreich**, wodurch gewährleistet sein soll, dass auch in Zukunft der (persönliche) Kontakt zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung, etwa bei der **Sachverhaltsermittlung**, gegeben ist. Dem **Finanzamt Österreich** sollen vom **sachlichen Zuständigkeitsbereich** betrachtet – vergleichbar einer Art Auffangbecken – jene Aufgaben zukommen, welche **nicht ausdrücklich** einer **anderen Abgabenbehörde** wie z.B. dem Finanzamt für Großbetriebe zufallen. Gewissermaßen stellen daher beispielsweise sämtliche Abgaben, die bisher vom Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel erhoben wurden, einen neuen Zuständigkeitsbereich für das Finanzamt Österreich dar.

Hingegen müssen bestimmte **Kriterien** erfüllt sein, damit das **Finanzamt für Großbetriebe** aktiv wird. So muss der Steuerpflichtige entweder die Grenze von **10 Mio. € Umsatzerlöse** überschreiten, Teil einer **multinationalen Unternehmensgruppe** i.S.d. Verrechnungspreisdokumentationsgesetzes sein, Teil einer Unternehmensgruppe (**Gruppenbesteuerung**) sein, an der Begleitenden Kontrolle teilnehmen oder eine Stiftung bzw. ein Fonds nach dem Privatstiftungsgesetz sein usw. Vom **sachlichen Zuständigkeitsbereich** umfasst sind gleichwohl nicht alle Angelegenheiten dieser Gruppe von Steuerpflichtigen, sondern grundsätzlich **nur jene Agenden**, die bereits bisher von der **Großbetriebsprüfung** übernommen worden waren. Darüber hinaus soll z.B. das Finanzamt für Großbetriebe u.A. für Angelegenheiten der **Forschungsprämie** oder Energieabgabenvergütung zuständig sein.

Das **Amt für Betrugsbekämpfung** ist ebenso für ganz Österreich zuständig und in die Bereiche **Finanzstrafsachen** (hiervon umfasst ist auch die Durchführung von Finanzstrafverfahren), **Finanzpolizei**, **Steuerfahndung** und Zentralstelle Internationale Zusammenarbeit unterteilt. Darüber hinaus soll eine **zentrale Koordinationsstelle** für die Eindämmung illegaler Beschäftigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und nach dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz eingerichtet werden.

Im Zuge der **Modernisierung der Finanzverwaltung** kommt es auch zu **unveränderlichen Steuernummern** – sowohl in der privaten als auch in der unternehmerischen Sphäre. Konkret wurden bereits mit 4. Juli 2020 die Steuernummern unveränderlich; bisher änderte sich die **Steuernummer** beim Wechsel der örtlichen oder sachlichen Zuständigkeit des Finanzamts. Dies war etwa dann der Fall, wenn der **Steuerpflichtige** übersiedelt ist oder wenn sich bei Unternehmen der **Ort der Geschäftsleitung** innerhalb Österreichs **geändert** hat.

Aktuelle bzw. seit 4. Juli 2020 bestehende **Steuernummern bleiben** zukünftig **erhalten** (auch bei einem Finanzamtswechsel) und sind somit gleichsam eingefroren. **Neue Steuerpflichtige** erhalten ebenso eine **unveränderliche neunstellige Steuernummer**. Kommt es zukünftig zu einer Änderung der sachlichen Zuständigkeit des Finanzamts (Wechsel vom Finanzamt Österreich ins Finanzamt für Großbetriebe), so **bleibt** die **Steuernummer** dennoch **gleich**. Überdies wird das Unternehmen automatisch über den Behördenwechsel informiert.



©XtravaganT - stock.adobe.com

4 Fokus Umsatzsteuer

4.1 „Quick-Fixes“ in Österreich umgesetzt

Die nachfolgend dargestellten, von der EU genannten „Quick Fixes“ haben in Österreich seit Jahresbeginn 2020 zu wichtigen Änderungen und auch Vereinfachungen geführt.

Transportnachweise bei innergemeinschaftlichen Lieferungen

Um die umsatzsteuerliche **Befreiung für innergemeinschaftliche (ig.) Lieferungen** in Anspruch nehmen zu können, muss der Lieferer nachweisen, dass die Ware tatsächlich ins übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt ist. Seit 1.1.2020 werden nun die **Nachweise** hierfür EU-weit **harmonisiert**. Der **Verkäufer**, sofern er die Ware selbst befördert oder versendet, muss dabei in Besitz von **mindestens zwei** einander nicht widersprechenden **Nachweisen** von zwei verschiedenen (vom Verkäufer und Erwerber unabhängigen) Personen sein. Als Nachweise gelten einerseits Unterlagen zum Transport bzw. Versand (sogenannte „**Gruppe A**“ wie z.B. ein **CMR-Frachtbrief**, Konnossement, Luftfrachtrechnung, Rechnung des Beförderers der Gegenstände). Andererseits werden Nachweise der „**Gruppe B**“ angeführt, wie z.B. **Versicherungspolizzen** für den Warentransport, Bankunterlagen, die die Bezahlung des Transports belegen, Bestätigungen von öffentlicher Stelle (z.B. Notar) sowie Quittungen eines Lagerinhabers über die Lagerung der Gegenstände. Der Verkäufer benötigt nun **entweder** zwei Dokumente der „Gruppe A“ **oder** er kann ein Dokument aus Gruppe A und den zweiten Nachweis aus Gruppe B vorlegen, um die Steuerfreiheit zu beweisen.

Holt der **Käufer** die **Ware** beim Verkäufer **ab** und transportiert sie in den anderen Mitgliedstaat, benötigt der Verkäufer neben den beiden oben angeführten Nachweisen grundsätzlich eine **schriftliche Erklärung des Erwerbers**, aus der hervorgeht, dass die Waren vom Erwerber oder auf Rechnung des Erwerbers von einem Dritten in den anderen Mitgliedstaat transportiert wurden.

Zusammenfassende Meldung als Voraussetzung für die steuerbefreite innergemeinschaftliche Lieferung

Bei der Beurteilung der Steuerfreiheit einer ig. Lieferung kommt der „**Zusammenfassenden Meldung (ZM)**“ größere Bedeutung zu. Seit 1.1.2020 ist sowohl die gültige **UID-Nummer des Erwerbs** als auch die **Erklärung des Umsatzes in der ZM** zwingende Voraussetzung für die umsatzsteuerliche Befreiung der ig. Lieferung. Bei einem Versäumnis i.Z.m. der Abgabe und Erklärung der ZM kommt es zu keiner Versagung der Steuerfreiheit, wenn das **Versäumnis** zur Zufriedenheit der Behörden ordnungsgemäß **begründet** werden kann.

Definition des Reihengeschäfts

Das bisher gesetzlich nicht geregelte **Reihengeschäft** wird nunmehr in einem eigenen Absatz (§ 3 Abs. 15 UStG) **definiert**. Ein Reihengeschäft liegt (wie bisher) vor, wenn dieselben Gegenstände nacheinander geliefert werden und diese Gegenstände **unmittelbar** vom ersten Lieferer bis zum letzten Abnehmer (Empfänger) **in der Reihe befördert** oder versendet werden. Da der **Gegenstand** tatsächlich **nur einmal bewegt** wird, kann es auch, wie bisher, nur eine „**bewegte Lieferung**“ geben. Die „bewegte Lieferung“ ist die erste Lieferung in der Lieferkette, bei der einer der Vertragspartner die **Beförderung** entweder selbst **durchführt** oder **beauftragt**. Je nach Sachverhalt können eine oder mehrere **ruhende Lieferungen** vorliegen. Unter den EU-Mitgliedstaaten kam es in der Vergangenheit zu **Zuordnungsproblemen** der bewegten Lieferung, wenn der Unternehmer, der die Beförderung oder Beauftragung des Transports vorgenommen hat, innerhalb der Unternehmerkette gestanden hat (sogenannter „**Zwischenhändler**“). Nun ist geregelt, dass die **Lieferung an diesen Zwischenhändler** die „**bewegte Lieferung**“ darstellt. Dies wurde bisher von der österreichischen Finanzverwaltung auch schon so gehandhabt. Neu ist aber, dass der **Zwischenhändler** die Zuordnung der **bewegten Lieferung beeinflussen** kann, indem er mit der **UID-Nummer des Ursprungslandes** auftritt. Bei Vorliegen aller übrigen Voraussetzungen ist dann die steuerfreie ig. Lieferung jene Lieferung des Zwischenhändlers an seinen Abnehmer.

Vereinfachung beim Konsignationslager

Ein Konsignationslager bezeichnet ein **Warenlager**, das ein Unternehmer bei seinem Abnehmer innehat und in dem die **Waren bei Bedarf** des Abnehmers **entnommen** werden. Bisher wurde die Lieferung des Unternehmers in sein Konsignationslager (beim Abnehmer) als (steuerfreie) innergemeinschaftliche Verbringung behandelt. Zudem musste der Inhaber des Konsignationslagers im Lagestaat des Lagers einen ig. Erwerb versteuern. Beim **Zeitpunkt der Entnahme** aus dem Lager durch den Abnehmer lag eine **steuerpflichtige Lieferung** des Inhabers des Konsignationslagers vor. Eine **Registrierung im Lagestaat** seines Konsignationslagers war also prinzipiell **vorgesehen**, wobei einige Mitgliedstaaten Vereinfachungsregelungen vorsahen.

Seit 1.1.2020 liegt **erst im Zeitpunkt der Entnahme** der Waren aus dem Konsignationslager eine (**steuerfreie**) **ig. Lieferung** des Lieferanten vor. Der **Empfänger** hat gegengleich einen **ig. Erwerb** zu versteuern. Damit diese **Vereinfachung** – sie soll verhindern, dass sich der Lieferer im Konsignationslagerstaat registrieren lassen muss – angewendet werden kann, müssen neben dem Umstand, dass die Gegenstände in ein Konsignationslager verbracht werden, folgende **Voraussetzungen kumulativ erfüllt** sein: Der Lieferer betreibt im Inland weder sein Unternehmen noch hat er eine Betriebs-

stätte; der Lieferer meldet die Gegenstände und die UID des Erwerbers in der ZM und der Lieferer trägt die Verbringung der Gegenstände in das **Register** für Konsignationslager ein.

4.2 Umsatzsteuerliche Besonderheiten beim Onlineversandhandel



Lockdown, Ausgehverbote, geschlossene Geschäfte – gerade in Krisen zeigt sich, dass **neue Vertriebsstrukturen** notwendig sind, um als Unternehmen in turbulenten Zeiten überleben zu können. Eng damit verbunden sind die Schlagworte **Webshop** und **Onlineversandhandel**. Unternehmen, die ihre Waren über Webshops bzw. Onlineplattformen verkaufen, haben während der Phase des Lockdowns die Möglichkeit, zumindest einen gewissen Teil ihres Umsatzes zu erwirtschaften.

Bei dem **Betrieb eines Webshops** sind einige Besonderheiten zu beachten, damit aus dem Segen in der Krise nicht ein Fluch bei der nächsten Überprüfung durch die Finanz wird. Werden **Waren** von

einem Unternehmer an **einen privaten Kunden** oder an einen **Abnehmer ohne eigene UID-Nummer** in ein **anderes EU-Land verkauft**, so unterliegen diese Verkäufe **derzeit** der österreichischen Umsatzsteuer, solange die **Lieferschwelle** des jeweiligen EU-Landes **nicht überschritten** wird. Alternativ kann auf die Anwendung der **Lieferschwelle verzichtet** werden. Das Überschreiten der **Lieferschwelle** bzw. der **Verzicht** auf die Anwendung der Lieferschwelle führen dazu, dass auf die **Verkäufe** nicht österreichische Umsatzsteuer anzuwenden ist, sondern die **Umsatzsteuer des jeweiligen Landes in Rechnung zu stellen ist**. Die Umsatzsteuer ist dann an die jeweilige Finanzverwaltung des anderen Landes abzuführen. Betreiber von Webshops sollten daher jedenfalls die **Umsätze pro EU-Land gesondert** aufzeichnen.

Diese Regelung kann dazu führen, dass sich ein österreichischer Unternehmer in **zahlreichen EU-Ländern steuerlich registrieren** muss und nach den jeweiligen Gesetzeslagen **dort Umsatzsteuer melden und abführen** muss. Dieser **Verwaltungsaufwand** wird in Zukunft – so der Plan der EU – hoffentlich **wegfallen**. Ursprünglich sollte für die oben beschriebenen Versandhandelsumsätze **ab 1.1.2021 keine Lieferschwelle mehr** zur Anwendung kommen. Das bedeutet, dass Unternehmer die **Umsatzsteuer der jeweiligen Zielländer in Rechnung stellen** und an die Finanzverwaltungen **abführen** müssen. Damit diese Neuerung aber tatsächlich zur **Vereinfachung** führt, wird ein sogenannter **EU-One-Stop-Shop** nach dem Vorbild des bereits bestehenden **Mini-One-Stop-Shop (MOSS)** eingeführt. Künftig werden somit **innereuropäische Versandhandelsumsätze** von österreichischen Unternehmen über den österreichischen **One-Stop-Shop** gemeldet und die Steuerschuld **zentral** über dieses Portal gemeldet und entrichtet. Unternehmern werden dadurch die **umsatzsteuerliche Registrierung** und der damit einhergehende erhebliche Aufwand für Versandhandelsumsätze in anderen EU-Mitgliedstaaten erspart.

Unternehmen, die **Versandhandelsumsätze** in anderen EU-Ländern tätigen, sollten sich daher mit dieser **Neuerung auseinandersetzen** und überlegen, ob und wie die **Software** für den **Webshop angepasst** werden muss. Folgende Themen müssen dabei jedenfalls beachtet werden:

- » **Mehrwertsteuersatz:** Welcher Steuersatz kommt für die verkauften Waren im jeweiligen Land zur Anwendung?
- » **Preisüberlegung:** Soll auf fixe Nettopreise die jeweilige Umsatzsteuer angewendet werden? Dadurch würden sich die Bruttopreise verändern, je nachdem in welches Land die Waren gesendet werden. Soll der Bruttopreis hingegen für alle Kunden aus der EU gleich sein, so ist der jeweilige Nettopreis pro Land entsprechend zu berechnen.
- » **Rechnungslegung:** Können auf der Rechnung die erforderlichen Angaben (korrekter Steuersatz je nach Land, entsprechende Netto- und Bruttopreise usw.) korrekt angegeben werden?
- » Werden die **Steuerbeträge je Land** so **aufgezeichnet**, dass die Meldung im One-Stop-Shop einfach und richtig erfolgen kann (z.B. durch die Vergabe von entsprechenden SteuerCodes)?

Die Beachtung all dieser Punkte erfordert umfassende Neuerungen bzw. Änderungen in der **Programmierung von Webshops** und sollte daher möglichst bald in Angriff genommen werden. Das **ursprüngliche Datum**, ab dem die neuen Regelungen in Kraft treten, wurde von Seiten der EU **von 1. Jänner 2021 auf 1. Juli 2021 verschoben**, da (zusätzlich zu den Schwierigkeiten durch Corona) auch die Finanzverwaltungen der einzelnen Mitgliedstaaten entsprechende Plattformen entwickeln müssen. Nach derzeitiger österreichischer Gesetzeslage ist die neue Regelung grundsätzlich bereits **ab 1. Jänner 2021** anzuwenden, jedoch bleibt abzuwarten, auf welches Datum das Inkrafttreten dieser Regelung **verschoben** wird. Bereits jetzt gilt allerdings – aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

4.3 Über- und Doppelzahlungen in der Umsatzsteuer

Wird von einem Kunden eine Rechnung **irrtümlicherweise doppelt** überwiesen oder wird vom Kunden versehentlich **zu viel bezahlt**, stellt sich in der **Umsatzsteuer** die Frage, ob diese Über- bzw. Doppelzahlungen der Umsatzsteuer zu unterwerfen sind. Im konkreten Fall hatte ein Steuerpflichtiger **Doppelzahlungen** nach Ablauf von zwölf Monaten über das „Ertragskonto 0%“ **ausgebucht** und dies damit begründet, dass **zwischen der Doppelzahlung und der erbrachten Leistung keine unmittelbare Verknüpfung** bestehe. Gemäß **EuGH-Rechtsprechung** sei jedoch ein wechselseitiger final verknüpfter **Leistungsaustausch** eine zwingende Bedingung für die Festsetzung von Umsatzsteuer („do ut des-Prinzip“).

Der **VwGH** (GZ Ro 2018/15/0013 vom 24.10.2019) hielt hingegen fest, dass der österreichische Entgeltbegriff in der Umsatzsteuer gemäß § 4 Abs. 2 Z 1 UStG explizit **auch freiwillige Zahlungen** erfassen kann. Gemäß dem Grundsatz des **Leistungsprinzips** können (allerdings) nur jene Zahlungen Entgeltbestandteil sein, die der **Leistungsempfänger** (nicht bloß irrtümlich) zur Erlangung einer anderen Leistung **tätigt**. Der VwGH sieht in einer aufrechten Kundenbeziehung die Doppelzahlung in einem unmittelbaren Zusammenhang zur Leistung, weil der Kunde seine **vermeintliche Kaufpreisschuld tilgen** will. Solange also die irrtümliche Doppel- oder Überzahlung nicht aufgeklärt

und deshalb nicht zurückgezahlt wird, handelt es sich um eine **umsatzsteuerliche Gegenleistung**. Auch der Wortlaut des Art 73 der **Mehrwertsteuerrichtlinie** spricht für die gegenständliche Auffassung, wonach zur Bemessungsgrundlage alles gehört, was den **Wert der Gegenleistung bildet**, die der Lieferer oder Dienstleistende für diese Umsätze vom Abnehmer oder Dienstleistungsempfänger **„erhält oder erhalten soll“**. Demnach ist auch bei Entgelten, die unter oder über einem marktformen Preis liegen, ein **umsatzsteuerbarer Leistungsaustausch** anzunehmen. Durch diese Argumentation gestützt subsumierte der Gerichtshof die **Doppelzahlungen** unter den **Entgeltbegriff** im österreichischen Umsatzsteuergesetz und stellte einen **steuerbaren Umsatz** fest, welcher im vorliegenden Fall **20% USt** zu unterwerfen ist. Wird der **Irrtum** der Doppelzahlung **entdeckt** und eine **Gutschrift** an den Kunden ausgestellt, führt diese Gutschrift erst dann zu einer Änderung der Bemessungsgrundlage nach § 16 UStG, wenn der **Kunde über** die **Gutschrift** durch Auszahlung oder anderweitig **verfügt** hat.

Abhängig von der **Art des Irrtums** der Fehlüberweisung und einer **allfälligen Aufklärung** können sich grundsätzlich folgende **Fallkonstellationen** ergeben:

- » Irrtümliche Doppel- oder Überzahlung bei aufrechter Kundenbeziehung **ohne Rückzahlung** mangels Aufklärung: Die Doppel- oder Überzahlung wird als **Gegenleistung** für eine erbrachte Leistung bezahlt. Solange der Irrtum nicht aufgedeckt wird, ist die Zahlung Teil des Entgelts und somit **steuerbar**.
- » Irrtümliche Doppel- oder Überzahlung bei aufrechter Kundenbeziehung **mit Rückzahlung** nach Aufklärung: Zunächst findet ein **umsatzsteuerbarer Vorgang** statt. Im Monat der Rückzahlung kann das Entgelt nach § 16 UStG berichtigt werden und die bereits abgeführte **Umsatzsteuer zurückgeholt** werden. Sofern trotz Aufklärung keine Rückzahlung erfolgt oder erfolgen kann, liegt mangels Rückzahlung **keine** Änderung der Bemessungsgrundlage vor.
- » Fehlüberweisung **ohne Leistung**: Überweist der Kunde das Geld irrtümlicherweise an einen Dritten, entsteht beim (fremden) Dritten **mangels Zusammenhangs** von Entgelt und Leistung **kein steuerbarer Umsatz**.

4.4 Umsatzsteuerliche Fallstricke bei Teil- und Schlussrechnungen

Es ist **gängige Praxis** zwischen Kunden und Lieferanten, bei **langfristigen Projekten** oder größeren Investitionen **Vorauszahlungen, Anzahlungen** oder **Teilzahlungen** zu vereinbaren, die noch vor dem Ende der auszuführenden Leistung zu entrichten sind. Ob dies auf Wunsch des Kunden passiert oder der Wunsch des Lieferanten ist, ist dabei nicht relevant. **Umsatzsteuerlich** bestehen bei An- und Teilzahlungen bzw. bei **Schlussrechnungen** einige **Fallstricke**, die für den Lieferanten oder auch den Kunden teuer werden können. Die größte umsatzsteuerliche **Risikoquelle** für den **Lieferanten** ist wohl, dass bei einer **falschen Abrechnung mehr Umsatzsteuer als nötig geschuldet** wird, wenn beispielsweise Rechnungen falsch ausgestellt wurden. Für den **Kunden** besteht das Risiko, dass ein etwaiger **Vorsteuerabzug** aufgrund einer fehlerhaften Rechnungslegung **versagt** wird.

Insbesondere können sich folgende **Problembereiche** ergeben:

Eine **Voraus- oder Anzahlung**, die vor Ausführung der Leistung **vereinnahmt** wird, führt beim Lieferanten zur **Umsatzsteuerpflicht** – das bedeutet, im Zeitpunkt, in dem die Zahlung geleistet wird, muss der Lieferant die Umsatzsteuer, die auf die Voraus- oder Anzahlung entfällt, an das Finanzamt melden und entrichten. **Allein** durch die **Zahlung** steht dem **Kunden** allerdings mangels Rechnung noch **kein Vorsteuerabzug** zu.

Erstellt der Lieferant nun ein **Dokument mit gesondertem Steuerausweis** (z.B. eine Voraus- oder Anzahlungsrechnung oder eine Zahlungsaufforderung o.ä.) für die Voraus- oder Anzahlung, so muss aus diesem Dokument **klar hervorgehen**, dass es sich um die Abrechnung einer **Voraus- oder Anzahlung** handelt. Neben dem Erfüllen der allgemeinen Rechnungsmerkmale des Umsatzsteuergesetzes (siehe Beitrag „Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland“) empfiehlt es sich, diese **Abrechnungsurkunde** entsprechend zu bezeichnen (z.B. „Anzahlungsrechnung über den am 11.2.2020 vereinnahmten Teilbetrag“, „2. Teilrechnung über die vereinbarte und am 14.2.2020 fällige Abschlagszahlung“). Außerdem ist eindeutig durch die Angabe des **erwarteten Leistungszeitpunkts** anzugeben, dass die **Leistung erst in Zukunft erbracht** wird. Wird die Abrechnungsurkunde nach diesen Kriterien ausgestellt, entsteht für den **Lieferanten keine zusätzliche Steuerschuld** aufgrund der Abrechnung.

Hat der Lieferant ein **korrektes Abrechnungsdokument** für die An- oder Vorauszahlung erstellt, so steht dem **Kunden** grundsätzlich im Zeitpunkt der Zahlung der **Vorsteuerabzug zu**. **Bezahlt** der **Kunde** nun allerdings **weniger** als auf der Rechnung angegeben, so schuldet der Lieferant nur jenen **Umsatzsteuerbetrag**, der sich aufgrund der **vereinnahmten Zahlung** ergibt; eine **Rechnungskorrektur** ist **nicht erforderlich**.

Wenn die **Leistung** schließlich **fertig** erbracht wurde, wird üblicherweise eine sog. **Endrechnung** über den **Gesamtbetrag** erstellt. Bei der Rechnungsausstellung ist darauf zu achten, dass die **vereinnahmten Teilentgelte** und die darauf entfallenden **Steuerbeträge korrekt ausgewiesen** werden, damit **keine zusätzliche Steuerschuld aufgrund der Endrechnung** entsteht. Für den Ausweis gibt es laut Ansicht der Finanzverwaltung **drei Varianten**:

1. Die einzelnen vereinnahmten Teilentgelte mit den jeweils darauf entfallenden Steuerbeträgen werden in der Endrechnung abgesetzt.
2. Es genügt auch, wenn vom Gesamtbetrag der Endrechnung die Teilentgelte und die darauf entfallenden Steuerbeträge auf einmal abgezogen werden.
3. Die Umsatzsteuer in der Endrechnung wird auf Basis des Restentgelts ausgewiesen.

Erhält der Kunde eine **falsche Endrechnung**, in welcher der gesamte Vorsteuerbetrag ausgewiesen wird, so darf aufgrund dieser Rechnung **kein Vorsteuerabzug** geltend gemacht werden. Ein Lieferant kann auf die Ausstellung einer Endrechnung verzichten, wenn das gesamte Entgelt und die darauf entfallenden Steuerbeträge bereits in Voraus- oder Anzahlungsrechnungen abgedeckt sind.

4.5 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung:** Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formal-erfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug! Eine Rechnung über 400 € (inkl. USt) hat gemäß §11 UStG folgende Punkte zu beinhalten:

- » 1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens.
- » 2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
- » 3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
- » 4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
- » 5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
- » 6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
- » 7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in EUR (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB Kurs).
- » 8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).
- » 9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
- » 10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben:

- » Ausstellungsdatum,
- » Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
- » Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der

Rechnung

Kundennummer: 999999
Belegnummer: 1234/2021
UID: ATU 987654321

3 Max Muster GmbH
 Hauptstrasse 21/14
 2020 Hollabrunn

2 Vertragspartner:
 Max Muster GmbH
 Hauptstrasse 21/14
 2020 Hollabrunn

8 Belegdatum: 09.07. 2021
 Fälligkeit: prompt

Lieferdatum: 06.07.2021

Zahlungsart: Einziehung

Tel: +43 (0) 123456789
 Fax: +43 (0) 12345678900
 E-mail: info@musterleistung.at

9

5

	Menge	Betrag in EUR exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in EUR inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Gesamtsumme		17,99			21,59

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.
 Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.
 Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

1 Dienstleistung Muster GmbH
 Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
 Firmensitz: Stockerau
 UID-NR. ATU12345678

DVR-Nr: 12346567

10

sonstigen Leistung,

- » Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
- » Entgelt und der Steuerbetrag,
- » Steuersatz.

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehlerhafte Rechnungen** bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.



5 Fokus Arbeitnehmer

5.1 Gestaltungsspielraum beim Familienbonus Plus

Der Familienbonus Plus bietet seit 2019 eine **Entlastung für Familien mit Kindern**, da in Form eines **Steuerabsetzbetrages** die **Steuerlast** der Eltern **verringert** werden kann. Die Begünstigung gilt **pro Monat pro Kind** und ist mit **maximal 1.500 € pro Kind und Jahr** begrenzt. Nach dem 18. Geburtstag des Kindes steht immer noch ein **reduzierter Familienbonus Plus i.H.v. 500 € pro Jahr** zu, sofern weiterhin für dieses Kind auch Familienbeihilfe bezogen wird. Wird aufgrund von geringen Einkünften **keine** oder zu wenig **Steuer** bezahlt, so steht ein „**Kindermehrbetrag**“ von maximal 250 € pro Kind und Jahr zu (beispielsweise günstig für geringverdienende Alleinerziehende oder Alleinverdiener).

Der **Familienbonus Plus** kann **von einem oder von beiden Elternteilen** (zu je **50%**) geltend gemacht werden. Da der Familienbonus Plus für jedes Kind insgesamt nur einmal zur Gänze berücksichtigt werden kann, kommt es zu einer **50/50 Aufteilung**, wenn der Familienbonus Plus von **beiden Elternteilen** in einem **insgesamt zu hohen Ausmaß** beansprucht wurde. Der **Steuervorteil** kann bereits im Rahmen der **Lohnverrechnung laufend** berücksichtigt werden (mittels **Formular E 30** an den **Arbeitgeber**) oder im Zuge der Steuererklärung bzw. **Arbeitnehmerveranlagung** beantragt werden.

Durch das **Konjunkturstärkungsgesetz 2020** ist es hier zu bedeutsamen Änderungen gekommen. Begünstigt sind insbesondere jene Eltern, bei denen sich bei einem der beiden der **Familienbonus Plus** aufgrund der **geringen Höhe des Einkommens steuerlich nicht auswirkt** und beim anderen hingegen zur Gänze (hätte auswirken können). Erstmals für das **Kalenderjahr 2019** ist es nämlich möglich und aus **Familiensicht steueroptimal**, auf den **Familienbonus Plus** zu **verzichten**, indem

der **Antrag** (im Nachhinein) **zurückgezogen** wird. Bislang bestand keine solche Möglichkeit und es konnte sich im Nachhinein herausstellen, dass ein Antrag auf den (halben) Familienbonus Plus quasi umsonst gestellt worden ist und besser der andere Ehepartner den vollen Familienbonus Plus in Anspruch genommen hätte. Der **Antrag** auf den Familienbonus Plus kann maximal **bis fünf Jahre** nach Rechtskraft des Bescheids formlos **zurückgezogen** werden. Je nach Konstellation und Zeitpunkt des Zurückziehens des Antrags erfolgt eine **Korrektur** des Familienbonus Plus per **Amtswegen** oder es ist eine **neuerliche Antragstellung** (für ein bereits abgelaufenes Jahr) durch den Ehepartner notwendig.

5.2 Zurückbezahltes Arbeitslosengeld als Werbungskosten abzugsfähig?

Das **Arbeitslosengeld** und die **Notstandshilfe** stellen prinzipiell **steuerfreie Bezüge** nach dem Einkommensteuergesetz dar. Deshalb führt auch die **Rückzahlung** dieser Beträge grundsätzlich zu **keinen** steuerabzugsfähigen **Werbungskosten**. Allerdings führt der Bezug von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe für den Fall, dass für das restliche Kalenderjahr andere laufende Einkünfte erzielt werden, zu einer **Hochrechnung dieser Einkünfte** auf das ganze Jahr („**Umrechnungsvariante**“). Hieraus ergibt sich durch den **Progressionserhöhungseffekt** eine **Steuernachzahlung**, die aber nicht höher sein darf, als wenn man die **Transferzahlung** im jeweiligen Jahr **voll versteuern** würde (sogenannte „**Hinzurechnungsvariante**“ als „Kontrollrechnung“).

Ein Steuerpflichtiger hatte nun in einem Jahr Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bezogen und andererseits aber **aus früheren Jahren Notstandshilfe zurückzahlen**. Da der Steuerpflichtige im Veranlagungsjahr zudem noch **Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit** erzielte, kam bei ihm im konkreten Fall die Kontrollrechnung zu Tragen. Die Transferleistungen wurden also in voller Höhe zugerechnet und somit im Ergebnis tarifversteuert, als würde es sich um **steuerpflichtige Einkünfte** handeln. Die **Rückzahlungen** für die Transferleistungen wollte er als **Werbungskosten** geltend machen, wobei diese Rückzahlungen aus zwei unterschiedlichen Jahren stammten. In einem früheren Jahr war die damalige **Transferleistung** aufgrund der **Umrechnungsvariante** einer Versteuerung unterworfen worden und in dem **anderen Jahr** war die **Transferleistung steuerfrei** zugeflossen. Fraglich war nun, ob die **Rückzahlung** der **Transferleistungen** aus Vorjahren als **Werbungskosten** im **aktuellen Veranlagungsjahr** steuerlich in Abzug gebracht werden kann.

Der **VwGH** (GZ Ro 2018/13/0009 vom 22.6.2020) entschied, dass die Rückzahlung von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe nur dann als **Werbungskosten** im **Jahr des Abflusses** anzusetzen ist, wenn der prinzipiell steuerfreie Bezug von **Arbeitslosengeld** oder Notstandshilfe in den Vorjahren die **Einkommensteuer** auch **tatsächlich erhöht** hat. Im vorliegenden Fall wurde daher die Rückzahlung für das Jahr, in dem die **Umrechnungsvariante** zur Anwendung gekommen ist, als **Werbungskosten anerkannt**. Hierbei spielt es jedoch keine Rolle, ob die Einkommensteuerpflicht durch die Umrechnungsvariante oder die Kontrollrechnung zustande gekommen ist. Der § 20 Abs. 2 EStG, welcher bekanntermaßen normiert, dass Ausgaben nicht abgezogen werden, soweit sie mit **nichtsteuerpflichtigen Einnahmen** in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, kam hier zum Vorteil des Steuerpflichtigen für zumindest einen Teil der Rückzahlung **nicht zu tragen**. Es handelt sich zwar um **steuerfreie Arbeitslosengelder** – in wirtschaftlicher Hinsicht ist es jedoch durch eine der beiden Varianten (Umrechnungsvariante oder Hinzurechnungsvariante) zu einer **tatsächlichen Steuererhö-**

hung gekommen. Um dem **Leistungsfähigkeitsprinzip** zu entsprechen, muss die **Rückzahlung** von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe wiederum zu einer **Steuerentlastung** führen, wenn die **Zuflüsse** in einem früheren Zeitraum eine **Steuerbelastung** bewirkt haben.

5.3 Modernisierung und Vereinfachung bei steuerfreien Essensgutscheinen

Steuerfreie Essensgutscheine sind oftmals ein von Arbeitnehmern gern gesehener **Benefit** – für den Arbeitgeber sind gleichwohl einige administrative Hürden und Einschränkungen zu beachten. Das **BMF** hat hierbei (BMF-Info vom 12.5.2020, 2020-0.0092.779) die **Rechtsansicht geändert** und **Vereinfachungen** auch in Hinblick auf die **Digitalisierung** vorgenommen. Die Änderungen werden auch im Zuge der nächsten **Wartung** in die **Lohnsteuerrichtlinien eingearbeitet** werden. Das Thema **Essensbons** hat überdies einen weiteren interessanten Bezugspunkt. So wurden mit dem **19. COVID-19-Gesetz** die **Steuerfreibeträge** für Gutscheine für **Mahlzeiten** mit **1.7.2020 erhöht**. Sie sind mit einem Wert von **bis zu 8 € pro Arbeitstag** (bisher war das Maximum 4,4 €) **steuerfrei**, sofern die Gutscheine nur am Arbeitsplatz oder in einer **Gaststätte** zwecks Konsumation eingelöst werden können. Berechtigten die Gutscheine auch zur **Bezahlung von Lebensmitteln**, so sind sie **bis zu 2 € pro Arbeitstag steuerfrei** (bis 30.6.2020 waren es bis zu 1,1 €).



©Peter Atkins - stock.adobe.com

Für die **Arbeitnehmer** kommt es durch die Änderungen zu wesentlichen **Vereinfachungen**, da die **Gutscheine** nunmehr auch **kumuliert**, ohne wertmäßiges Tageslimit und an jedem Wochentag (somit **auch am Wochenende**) **eingelöst werden können**. Ein administrativer Stolperstein für die **steuerfreie Behandlung** der Gutscheine bereits **bei deren Ausgabe** liegt weiterhin in dem zulässigen **Höchstausmaß an Gutscheinen** für den Arbeitnehmer. **Gutscheine** dürfen im Endeffekt **nur** für Arbeitstage ausgegeben werden – auf Basis einer Fünftagewoche liegt das Maximum laut Lohnsteuerrichtlinien also bei **Gutscheinen für 220 Tage pro Jahr**. Bei **unterjährigen Ein- und Austritten** muss der **aliquote Anteil pro Monat** herangezogen werden; volle Tage sind dabei aufzurunden. Besonders bedeutend ist, dass für **Urlaubs- und Krankenstandstage**, Feiertage etc. **keine** steuerfreien **Gutscheine** gewährt werden dürfen. Es ist daher ratsam, dass zumindest am Ende des Jahres darauf geachtet wird, dass die Anzahl der ausgegebenen Gutscheine nicht höher als die Arbeitstage des Arbeitnehmers ist.

In Hinblick auf die zunehmende **Digitalisierung** der Arbeitswelt müssen Gutscheine zwecks Steuerbefreiung nicht in Papierform sein, sondern können auch auf einer **Chipkarte**, einem digitalen Essensbon, einer Prepaid-Karte oder **mittels App-Lösung** ausgegeben werden. Wichtig ist lediglich, dass die Voraussetzungen für die Steuerfreiheit des Essensgutscheins in jeglicher Form eingehalten werden können. Das Thema **steuerfreie Essensgutscheine** umfasst weitere **Besonderheiten**, wel-

che **zukünftig** nach wie vor beachtet werden müssen. So gilt beispielsweise die betragsmäßig **uneingeschränkte Steuerfreiheit** für die unentgeltliche oder verbilligte Verköstigung von Arbeitnehmern am Arbeitsplatz **nur** dann, wenn diese Mahlzeiten in der **Werksküche** oder **Kantine** verabreicht werden bzw. aus einer Großküche angeliefert werden. Überdies muss eine **freiwillige Sachzuwendung des Arbeitgebers** vorliegen – **ansonsten** (etwa aufgrund des Kollektivvertrags) würden die freien oder verbilligten Mahlzeiten einen **steuerpflichtigen Sachbezug** darstellen. Gleiches gilt für Barzuschüsse seitens des Arbeitgebers, um den Arbeitnehmern das Mittagessen zu vergünstigen. Der Barzuschuss stellt dann steuerpflichtigen Arbeitslohn dar; etwas anderes kann unter Umständen gelten, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für die Konsumation einer Mahlzeit im Nachhinein einen Zuschuss auszahlt. Sofern schließlich der Wert pro Gutschein 8 € bzw. 2 € bei der Bezahlung von Lebensmitteln übersteigt, stellt der entsprechende **Mehrbetrag** einen **steuerpflichtigen Sachbezug beim Arbeitnehmer** dar.

5.4 Pflegeheimkosten des Vaters als außergewöhnliche Belastung beim Sohn?



Für die **steuerliche Geltendmachung** von Kosten **als außergewöhnliche Belastung** gilt, dass die Belastung **außergewöhnlich** sein muss, **zwangsläufig** erwächst und dass die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** des Steuerpflichtigen **wesentlich beeinträchtigt** wird. Von **Zwangsläufigkeit** ist auszugehen, wenn man sich **der Belastung aus tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann**.

Keine Zwangsläufigkeit ist beispielsweise bei der Abgabe einer unbedingten Erbserklärung oder der Einwilligung in eine einvernehmliche Scheidung anzunehmen. Die in Frage stehenden Kosten dürfen überdies nicht bereits Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben darstellen.

Der **VwGH** hatte sich (GZ Ro 2018/15/0024 vom 20.11.2019) damit auseinanderzusetzen, ob die **Pflegeheimkosten für den Vater** bei dem **Sohn** **als außergewöhnliche Belastung** steuerlich berücksichtigt werden können. Wie auch in ähnlich gelagerten Fällen wurde die Zwangsläufigkeit mit der **Unterhaltsverpflichtung** eines Kindes **gegenüber** seinen **Eltern** argumentiert. Bevor die Pflegeheimkosten bei dem Sohn steuerlich anerkannt werden können, ist jedoch für die Deckung der **Kosten** vorwiegend das **Einkommen** wie auch das **Vermögen** der **betroffenen Person** selbst zu verwenden. In dem konkreten Fall ist auch bedeutsam, dass der **zweite Sohn** Jahre zuvor eine **Liegenschaft** vom Vater **geschenkt** bekommen hatte. Fraglich ist daher, ob nicht **auch** der **zweite Sohn** seiner **Unterhaltspflicht** gegenüber seinem Vater nachkommen müsse – dies hätte zur Folge, dass

der Sohn, welcher tatsächlich Pflegeheimkosten für den Vater übernommen hat, nur einen **geringeren Teil** davon steuerlich als **außergewöhnliche Belastung** absetzen kann, weil der darüberhinausgehende Betrag als freiwillig bezahlt anzusehen ist und folglich steuerlich unbeachtlich ist.

Im Einzelfall müssen also **viele Aspekte** bei der Frage, ob eine außergewöhnliche Belastung vorliegt, **beachtet** werden. Zuallererst ist die Selbsterhaltungsfähigkeit der unterhaltsberechtigten Eltern zu berücksichtigen – hier hätte der Vater jährlich **gesetzliche Zinsen** von dem mit der Liegenschaft beschenkten Sohn fordern können, sofern er sich selbst in einer **finanziellen Notlage** befunden hat und dies nicht auch für den Sohn gegolten hat. Für den danach verbleibenden Betrag an Pflegeheimkosten („**Bedarfslücke**“) gilt, dass **mehrere Nachkommen** (gleichen Grades) den **Unterhalt anteilig** nach Kräften **schulden**. Der VwGH betonte dabei, dass für die Beurteilung der (finanziellen) Leistungskraft eine **Mehrjahresbetrachtung** durchzuführen ist und nicht bloß das Einkommen eines einzelnen Jahres herangezogen werden kann. Im konkreten Fall wurde also eine **außergewöhnliche Belastung beim Sohn vorerst verneint** und das BFG mit der genaueren Ermittlung der finanziellen Leistungskraft (des zweiten Sohnes) beauftragt.

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2021

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,033** betragen die Sozialversicherungswerte für 2021 **voraussichtlich** (in €):

	2021	2020
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	475,86	460,66
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	713,79	690,99
Höchstbeitragsgrundlage täglich	185,00	179,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	5.550,00	5.370,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	11.100,00	10.740,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	6.475,00	6.265,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften

Zuletzt mit dem **Rechnungslegungsänderungsgesetz 2014** wurden die Größenklassen für Kapitalgesellschaften geändert und mit den **Kleinstkapitalgesellschaften** (Micros) eine neue Größenklasse eingeführt. Die **Schwellenwerte** für die Einordnung in die verschiedenen Größenklassen sind wie folgt.

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micros	350.000	700.000	10
Klein	bis 5.000.000	bis 10.000.000	bis 50
Mittelgroß	bis 20.000.000	bis 40.000.000	bis 250
Groß	> 20.000.000	> 40.000.000	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**“) die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von konsolidierten oder aggregierten Werten zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Beschwerdezinssatz

Aufbauend auf dem **negativen Basiszinssatz** von **-0,62%** sind die daran gekoppelten **Jahreszinssätze** für Stundungszinsen, Aussetzungszinsen, Anspruchs- und Beschwerdezinsen in der Tabelle dargestellt.

	Seit 16.6.2016
Stundungszinsen	3,88 %
Aussetzungszinsen	1,38 %
Anspruchszinsen	1,38 %
Beschwerdezinsen	1,38 %

Bekanntlich werden **Stundungszinsen** für die Stundung von Steuerschulden verrechnet. **Aussetzungszinsen** fallen dann an, wenn gegen eine Steuernachzahlung das Rechtsmittel der Beschwerde ergriffen wird und anstatt einer Stundung bis zur Entscheidung über die Beschwerde eine Aussetzung der Einhebung beantragt wird. **Anspruchszinsen** werden für Steuernachzahlungen und Steuergutschriften bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ab dem 1.10. des Folgejahres angelastet bzw. gutgeschrieben. Derartige **Anspruchszinsen** sind **weder steuerlich abzugsfähig noch** im Falle einer Gutschrift **steuerpflichtig**. Bis zu einem Betrag von 50 € werden **keine Zinsen** festgesetzt.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klier, Krenn & Partner - Klienten-Info GmbH, Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4. Richtung: unpolitische, unabhängige Jahresschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr. © www.klienten-info.at

7 Steuertermine 2021

Jänner	Fälligkeiten	15.1. USt für November 2020 Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2020
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2020 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	15.2. USt für Dezember 2020 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner EST-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel 28.2. Pflichtversicherung SVA
	Fristen und Sonstiges	Bis 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahlungen 2020 (E18) in Papierform Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2020. Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2020 (pro Registrierkasse) 28.2. Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA 28.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten 28.2. Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt) 28.2. Frist für die Beantragung der Covid-19-Investitionsprämie endet
	Fälligkeiten	15.3. USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2020 bei Stadtkasse/Gemeinde
	Fälligkeiten	15.4. USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2020 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	17.5. USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April EST-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel 31.5. Pflichtversicherung SVA
Juni	Fälligkeiten	15.6. USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2020 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline 30.6. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2020 aus Nicht-EU-Ländern

Juli	Fälligkeiten	15.7. USt für Mai Lohnabgaben für Juni
August	Fälligkeiten	16.8. USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel
		31.8. Pflichtversicherung SVA
		31.8. Frist für Beantragung des Fixkostenzuschusses endet (Ende Beantragungszeitraum für 2. Tranche)
September	Fälligkeiten	15.9. USt für Juli Lohnabgaben für August
	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9. Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2020 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline)
		Bis 30.9. Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften
		Bis 30.9. Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2020
Bis 30.9. Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2021 für Einkommen- und Körperschaftsteuer		
Oktober	Fälligkeiten	15.10. USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	ab 1.10. Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2020 bis 31.10. Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
November	Fälligkeiten	15.11. USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
		30.11. Pflichtversicherung SVA
Dezember	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	bis 31.12. Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte
		bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2016 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft		

YOUNG
BUSINESS
SERVICE

by **KE**

**Ideen reifen - Umsetzung
braucht Unterstützung.**

going future, going with

KE

Mit unserem YOUNG BUSINESS SERVICE unterstützen wir Jung-UnternehmerInnen in der wichtigsten Phase - zu Beginn ihrer unternehmerischen Tätigkeit. Machen Sie einen persönlichen Gesprächstermin mit uns aus. Wir informieren Sie gerne über unser YBS-Programm.

young-business-service.at

kretreuhand.at

A member of
Nexia
International



K&E Wirtschaftstreuhand GmbH

Hofgasse 3 A-8010 Graz

T +43-(0)316-384640

F +43-(0)316-384640-20

E office@ketreuhand.at

I ketreuhand.at

I young-business-service.at

